

Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin

Article

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2006/2007

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin (2006) : Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2006/2007, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 73, Iss. 1/2, pp. 1-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151419>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Grundlinien der Wirtschafts- entwicklung 2006/2007

1. Weltwirtschaftliches Wachstum gewinnt an Breite

Arbeitskreis
Konjunktur
asteinherr@diw.de

Im Verlauf des vergangenen Jahres setzte sich die weltwirtschaftliche Expansion trotz des Anstiegs der Ölpreise fort. Nach wie vor gehen von den USA und China starke Impulse auf die Weltwirtschaft aus, auch wenn sich zuletzt das Wachstumstempo in den USA infolge der restriktiven Geldpolitik etwas verlangsamt hat (Tabelle 1.1). Weiterhin zügig expandierte die Produktion in den Schwellenländern. Auch in Japan hat sich ein sich selbst tragender Aufschwung herausgebildet. In Europa verläuft die Entwicklung zwar auf einem flacheren Pfad, doch beleben sich Nachfrage und Produktion. Vor allem der wieder stärker gewordene Dollar begünstigt die Exporte.

Im Prognosezeitraum wird sich die konjunkturelle Dynamik insgesamt etwas verringern. Dabei wird sich das Wachstumstempo in den USA und den Schwellenländern etwas abflachen, während in Europa die Konjunktur an Fahrt gewinnt. Dies wird dazu beitragen, dass sich die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte – insbesondere die hohen Defizite in der US-Leistungsbilanz – nicht weiter vergrößern.

Die relativ günstige weltwirtschaftliche Entwicklung überrascht insofern, als der starke Anstieg der Ölpreise eine weltwirtschaftliche Dämpfung erwarten ließ. Dass es nicht in dem erwarteten Maße dazu gekommen ist, hatte mehrere Gründe. Der Ölpreisanstieg ist diesmal nicht angebots-, sondern primär nachfragebedingt, insbesondere getrieben von dem robusten Wachstum der Weltwirtschaft. In früheren Ölkrisen waren die gesamtwirtschaftliche Situation labiler und die inflationären Gefahren beträchtlich größer; die Notenbanken waren schon vor den Ölpreisschocks auf Restriktionskurs. Diesmal ist die Liquiditätsversorgung reichlich, und die Zinsen sind noch relativ niedrig.¹ Auch ist die Lohnentwicklung sehr moderat, und die Inflationserwartungen haben sich kaum erhöht.

Erst in den letzten Monaten wurden die geldpolitischen Zügel – vor allem in den USA – straffer angezogen. Auch die Europäische Zentralbank hat mit der jüngsten leichten Anhebung der Leitzinsen das Signal zur Zinswende gegeben.

¹ In der Beurteilung der konjunkturellen Auswirkungen von höheren Ölpreisen spielt die Reaktion der Geldpolitik eine wichtige Rolle. Weniger Aufmerksamkeit hingegen erfährt die Bedeutung der Geldpolitik für die Entwicklung der Öl- und anderer Rohstoffpreise. Nach der Hotelling-Regel werden die erwarteten Rohstoffpreiserhöhungen zum Teil vom Zinsniveau bestimmt. Steigen die Zinsen, steigt auch der Pfad der erwarteten Rohstoffpreiserhöhungen. Um jedoch diese Erwartungen zu rechtfertigen, muss zunächst der Preis kräftig sinken. Es kommt kurzfristig zum „overshooting“, wie auch bei anderen Vermögenswerten. Natürlich spielen andere Faktoren ebenfalls eine Rolle, die der Geldpolitik wird jedoch häufig vernachlässigt. Bei weiterhin steigenden Dollar- und Euro-Zinsen kann demnach kurzfristig eine Dämpfung der Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten erwartet werden.

Inhalt

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2006/2007

1. Weltwirtschaftliches Wachstum
gewinnt an Breite
Seite **1**
2. Die wirtschaftliche Lage in
der Europäischen Union
Seite **5**
3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland
Seite **10**
4. Wirtschaftspolitik
Seite **18**

Die wichtigsten Daten der Volkswirt- schaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland Seite **23**

Tabelle 1.1

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote
in ausgewählten Ländern**

	Gewichte in % des BIP	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
		2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Industrieländer										
EU 25	41,7	1,7	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	8,6	8,3	8,0
Schweiz	1,2	1,5	1,8	1,9	0,7	0,7	0,7	3,8	3,5	3,5
Norwegen	0,8	2,8	3,0	3,0	2,0	2,2	2,1	4,3	4,0	3,9
West- und Mitteleuropa	43,7	1,7	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	8,4	8,1	7,9
USA	38,0	3,6	3,4	3,1	3,4	3,2	2,9	5,0	5,0	5,2
Japan	15,2	2,4	2,5	2,5	-0,1	0,2	0,3	4,3	4,2	4,1
Kanada	3,2	2,9	2,8	2,7	2,3	2,2	2,1	6,8	6,6	6,6
Industrieländer insgesamt¹	100,0	2,6	2,7	2,6	2,3	2,2	2,1	6,6	6,4	6,4
<i>Nachrichtlich:</i>										
Russland	.	5,9	5,2	5,0	11,2	8,8	7,5	5,9	5,7	5,8
China	.	9,0	8,2	7,9	-	-	-	-	-	-

¹ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2004.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2005 bis 2007: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

In der Finanzpolitik sind die USA und Japan wie auch die großen Länder des Euroraums um eine Rückführung der Haushaltsdefizite bemüht. In den USA wird dieser Kurs wegen der Ausgaben zur Beseitigung der Hurrikan-Schäden und der anhaltenden Belastung durch die militärische Präsenz im Irak unterbrochen.

In diesem Jahr dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion in nahezu unverändertem Tempo fortsetzen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Welt wird um rund 2¾% zunehmen. Für 2007 wird mit einer ähnlichen Rate gerechnet. Dabei ist unterstellt, dass Ölpreise und Wechselkurse annähernd konstant bleiben und die langfristigen Zinsen nur wenig anziehen.

USA: Geldpolitik bremst Wachstum

Die US-amerikanische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um mehr als 3½% gewachsen; im dritten Quartal 2005 hat das BIP sogar mit 4,3% (Jahresrate) expandiert. Die ökonomischen Effekte des Wirbelsturms Katrina waren geringer als zunächst befürchtet. Das Wachstum wurde hauptsächlich von der Konsum- und Investitionsdynamik getragen; beim Konsum spielten vor allem die höheren disponiblen Einkommen und die Immobilienpreisent-

wicklung eine Rolle. Die steigenden Ölpreise haben zwar zu einer höheren Inflationsrate geführt – der Verbraucherpreisindex ist im letzten Jahr um 3½% gestiegen –, die Kerninflationsrate ist aber mit etwa 2% relativ stabil geblieben.

Wahrscheinlich wird die US-amerikanische Zentralbank ihre Politik moderater Zinserhöhungen auslaufen lassen. Der Leitzins dürfte im ersten Halbjahr 2006 noch etwas – auf 4½% bis 4¾% – angehoben werden. Die restriktive Geldpolitik dürfte die Inflationsrate in diesem Jahr bei knapp über 3% stabilisieren; für 2007 wird die Preissteigerung leicht darunter liegen. Das Wirtschaftswachstum wird sich infolge der restriktiven Geldpolitik etwas abschwächen und mit etwa 3% auf den Potentialpfad einschwenken. Die Arbeitslosenquote dürfte weitgehend unverändert bleiben. Die Haushaltslage hat sich infolge der guten Konjunktur bereits 2005 spürbar verbessert; das Budgetdefizit betrug 2,6% des BIP. In diesem Jahr sollen die Staatsausgaben allerdings stärker ausgedehnt werden; das Defizit dürfte auf einen Wert von knapp 3% kommen. Anlass zur Sorge gibt das anhaltend hohe Leistungsbilanzdefizit von mehr als 6% des BIP; es wird in diesem und im nächsten Jahr kaum niedriger ausfallen.

Das extrem hohe Leistungsbilanzdefizit stellt insofern eine Gefahr für die USA und den Rest der

Welt dar, als ein abrupter Abbau beträchtliche Turbulenzen für die Weltkonjunktur zur Folge hätte, die mit einer sprunghaften Dollarabwertung einhergehen würden. Ein solches Szenario wäre gegeben, wenn die Kapitalgeber aus dem Rest der Welt unvermittelt die Bereitschaft zur Finanzierung der US-Defizite verlören. Dies könnte durch einen Strategiewechsel asiatischer Exportländer, deren Zentralbanken derzeit in erheblichem Umfang zugunsten des Dollars an den Devisenmärkten intervenieren, hervorgerufen werden. Hierfür gibt es derzeit aber keine Anzeichen. Auch ein abrupter Vertrauensverlust der privaten Kapitalgeber kann als unwahrscheinlich gelten. Ein kontinuierlicher Abbau des Defizits durch einen allmählichen Anstieg der amerikanischen Sparquote wäre hingegen konjunkturell unschädlich, zumal dies für sich genommen mit weltweit sinkenden Kapitalmarktzinsen einherginge. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit für eine deutliche Senkung des amerikanischen Leistungsbilanzungleichgewichts derzeit gering. Erstens fördern die positive Zinsdifferenz ebenso wie optimistische Aussichten für das Wachstum in den USA den Zufluss von Kapital. Zweitens ist die Fiskalpolitik nicht auf eine Senkung der Binnennachfrage ausgerichtet, und drittens wächst die Binnennachfrage in anderen Weltregionen weniger dynamisch. Eine spürbare Änderung des Wechselkurses, die für eine Korrektur des hohen Leistungsbilanzdefizits notwendig wäre, ist somit nicht zu erwarten.

Asien: Stabilisierung des Aufschwungs in Japan

In Asien insgesamt hat sich die konjunkturelle Dynamik nur wenig verringert, obwohl der stark gestiegene Ölpreis aufgrund der hohen Energieintensität dieser Region sehr belastend gewirkt hat. Das Wachstum in China blieb mit rund 9% hoch; es dürfte sich in diesem und im nächsten Jahr nur wenig – auf 8% – verlangsamen. Bei einer bisher nur geringen Aufwertung des Renmimbi gegenüber dem US-Dollar wurden die realen Exporte weiter kräftig ausgeweitet, während die realen Importe, vor allem von Erdöl und Investitionsgütern, deutlich zurückgingen. Der Leistungsbilanzüberschuss Chinas dürfte 2005 in einer Größenordnung von 6% des BIP liegen. Mit der geldpolitischen Dämpfung hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise etwas stabilisiert. Die Expansion des privaten Verbrauchs wird auch im Prognosezeitraum die wirtschaftliche Entwicklung tragen.

Die Verbreiterung des Wachstums in Asien stützt sich insbesondere auf die wirtschaftliche Erholung Japans. Endlich scheinen die strukturellen Ursachen für die lang anhaltende Stagnation und Deflation überwunden zu sein, was sich nicht zuletzt

in einer Konsolidierung der Unternehmensbilanzen niederschlägt. Bis in die zweite Jahreshälfte des vergangenen Jahres hinein expandierte die japanische Wirtschaft kräftig. Nach der – vor allem infolge steigender Realeinkommen – beträchtlichen Ausweitung des privaten Konsums haben sich seit dem vergangenen Jahr die Unternehmensinvestitionen lebhaft entwickelt. Die Produzentenpreise wie die Immobilienpreise fallen nicht mehr, und das Kreditvolumen expandiert. Die Notenbank verhält sich dabei weiter expansiv; die Zinspolitik dürfte sich angesichts des weiterhin nur sehr schwachen Preisauftriebs auf absehbare Zeit nicht wesentlich von der Nulllinie entfernen.

Vor einem Dilemma steht indes die Wirtschaftspolitik. Einerseits ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dringend geboten. Der Gesamtschuldenstand ist in Japan im Zuge der langjährigen Wachstumsschwäche massiv gestiegen und hat 2005 ein Niveau von über 160% des BIP erreicht. Andererseits besteht die Gefahr, dass eine zu rasche finanzpolitische Restriktion – wie in der Vergangenheit immer wieder geschehen – zu einem Abbruch der Konjunkturbelebungen führen könnte. Kommt es hingegen zu einem dauerhaften Wirtschaftsaufschwung, wird die Zentralbank mittelfristig von ihrer Nullzinspolitik abrücken müssen, um eine konjunkturelle Überhitzung zu vermeiden. Diese würde dann wiederum über einen beträchtlichen Anstieg der bislang moderaten Zinsbelastung die Konsolidierung der Staatshaushalte erschweren.

Entsprechend bedarf es in Japan in den kommenden Jahren eines wirtschaftspolitischen Policy-Mix, der Haushaltsentwicklung und Wachstumsperspektiven gleichermaßen im Blick behält. Gelingt die Gratwanderung, sind die Aussichten für Japan durchaus günstig. Zwar werden die außenwirtschaftlichen Impulse im betrachteten Zeitraum allmählich geringer, doch kräftigt sich die Inlandsnachfrage. Der private Konsum profitiert dabei von den stärker steigenden Einkommen und der anhaltenden Verbesserung am Arbeitsmarkt, und die günstigeren Absatz- und Ertragsersparungen haben eine lebhaftere Investitionstätigkeit zur Folge. Das Wirtschaftswachstum dürfte in diesem Jahr mindestens 2½% betragen und auch im nächsten Jahr kaum schwächer sein.

Russland: Ölpreisgetriebenes Wachstum wird schwächer

Das Wirtschaftswachstum in Russland hat sich im vergangenen Jahr etwas verlangsamt, obwohl hohe außenwirtschaftliche Überschüsse infolge der gestiegenen Ölpreise erzielt wurden. Für die nächsten beiden Jahre wird mit einer weiteren leichten

Abschwächung auf jeweils 5 % gerechnet. Dies wird durch einen rückläufigen Außenbeitrag hervorgerufen. Auf der einen Seite verlangsamt sich der Exportanstieg wegen stagnierender Ölpreise weiter. Zudem liegt die Inflation über den Abwertungsraten des Rubel, so dass es zu einer weiteren realen Aufwertung des Rubel kommt. Dies schwächt die Position Russlands auf den Weltmärkten. Auf der anderen Seite ist die Entwicklung von der nach wie vor mit zweistelligen Zuwachsraten expandierenden Importnachfrage geprägt.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird von einer stabilen Konsumnachfrage gestützt, die von der bevorstehenden Senkung der Mehrwertsteuer noch

zusätzliche Impulse erhalten wird. Dagegen dürfte die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen der Unternehmen von derzeit 10 % etwas sinken. Die Rechtsunsicherheit, die vor allem auf die Verstaatlichung einstmals privatisierter Unternehmen vorwiegend im Mineralölsektor zurückgeht, hat allgemein das Klima für in- und ausländische Investoren verschlechtert.

Im Jahresdurchschnitt 2006 wird sich die Inflationsrate um 2 Prozentpunkte auf 9 % verringern, auch weil die von der Regierung geplante Reduktion der Mehrwertsteuer preisdämpfend wirkt. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum nahezu unverändert bei knapp 6 % verharren.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Euroraum: Konjunkturelle Erholung festigt sich

Im Euroraum hat sich das Wachstum im Verlauf des vergangenen Jahres trotz stark gestiegener Ölpreise beschleunigt. Das reale BIP stieg im dritten Quartal mit einer Jahresrate von 2,4%. Die Phase schwachen Wachstums scheint somit überwunden (Abbildung 2.1 und Tabelle 2.1).

Die Binnennachfrage entwickelte sich in den meisten Ländern stabil. Der private Konsum nahm zwar weiterhin nur verhalten zu, doch zogen im Verlauf des Jahres die Anlageinvestitionen, vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, an. Diese stiegen zuletzt um mehr als 2% gegenüber dem Vorquartal – das ist die höchste Rate seit drei Jahren. Im Gegensatz zu Deutschland waren im Rest des Euroraums die Bauinvestitionen ebenfalls aufwärts gerichtet. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat sich auch der Zuwachs der Exporte ständig erhöht; dies war von der kräftigen Exportkonjunktur Deutschlands geprägt. Dadurch konnte der negative Außenbeitrag des Euroraums verringert werden. Insgesamt blieb der starke Unterschied zwischen Deutschland und dem Rest des Euroraums in Bezug auf die Beiträge der Binnennachfrage und des Außenhandels zum Wachstum bestehen.

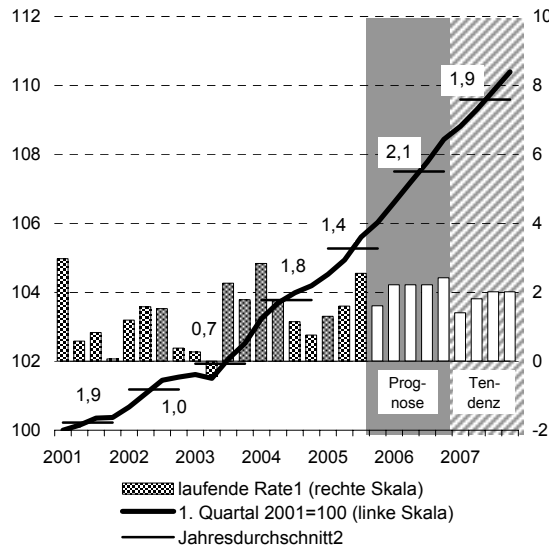
Die Beschäftigung im Euroraum hat weiter zugenommen; die Arbeitslosenquote sank von 8,8% im Januar 2005 auf 8,3% im Oktober. Diese Zahlen verdecken jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Unverändert ist der Trend sinkender Beschäftigung in der Industrie, vor allem in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Dagegen verzeichnet die Bauwirtschaft deutliche Beschäftigungsgewinne, trotz der negativen Entwicklung in Deutschland. Allein in Spanien stieg die Zahl der Beschäftigten im Bau im Verlauf des vergangenen Jahres um nahezu 10%; in Irland war das Wachstum noch stärker. Nach ersten Angaben aus vier Mitgliedsländern (Deutschland, Spanien, Frankreich, Niederlande) sind die Arbeitsentgelte je abhängig Beschäftigten in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres um ungefähr 1¼%, die Lohnstückkosten um 1% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind jedoch unverändert groß (Abbildung 2.2).

Erhebliche Unterschiede bestehen weiterhin in den Inflationsraten. Die Preisentwicklung war in allen Ländern vom starken Anstieg des Ölpreises

Abbildung 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

Saisonbereinigt



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

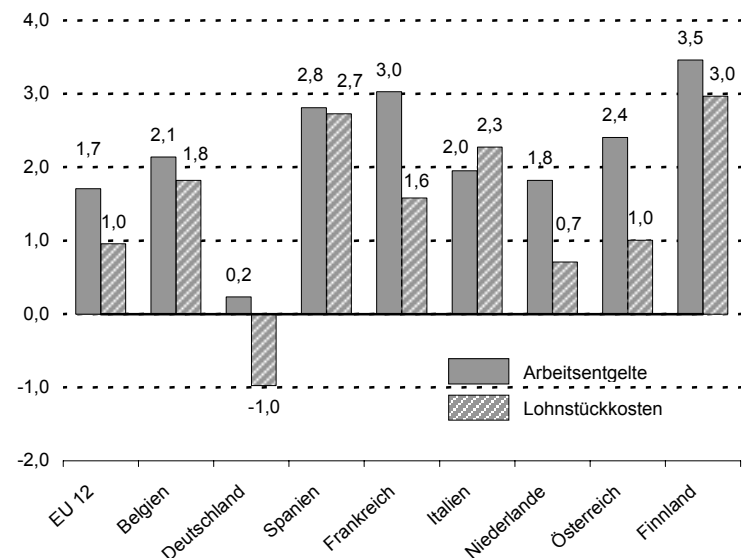
Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 2.2

Arbeitsentgelte und Lohnstückkosten im Euroraum im Jahre 2005

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Eurostat; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr						2005	2006	2007
			2005	2006	2007	2005	2006	2007			
Deutschland	21,4	–	1,1	1,7	1,2	2,0	2,0	2,9	9,5	9,3	9,1
Frankreich	15,9	15,9	1,6	2,0	2,1	2,0	2,1	1,5	9,5	9,2	9,0
Italien	13,1	11,0	0,2	1,1	1,2	2,2	2,2	1,9	7,8	7,6	7,5
Spanien	8,1	7,8	3,4	3,3	3,3	3,4	3,5	3,1	9,2	8,6	8,1
Niederlande	4,5	10,0	1,0	2,6	2,3	1,5	1,4	1,5	4,7	4,5	4,2
Belgien	2,7	8,6	1,5	2,2	2,0	2,5	2,3	1,8	8,4	8,5	8,2
Österreich	2,3	8,6	1,8	2,3	2,2	2,1	2,0	1,7	5,2	5,3	5,3
Griechenland	1,6	1,3	3,7	3,6	3,2	3,5	3,3	3,0	9,8	9,6	9,5
Finnland	1,4	1,6	1,8	3,6	3,1	0,8	1,3	1,5	8,3	8,0	7,8
Irland	1,4	0,9	4,2	4,8	4,5	2,3	2,5	2,2	4,3	4,2	4,2
Portugal	1,4	1,4	0,3	0,8	1,3	2,1	2,4	2,0	7,3	7,5	7,5
Luxemburg	0,2	0,8	4,1	3,5	3,2	3,9	3,5	2,3	5,3	5,5	5,5
Euroraum³	74,2	–	1,4	2,1	1,9	2,2	2,2	2,2	8,5	8,3	8,1
EWU-Länder ohne Deutschland ³	52,8	–	1,6	2,2	2,2	2,3	2,3	2,0	8,2	7,9	7,7
EWU-Länder ohne Deutschland ⁴	–	68,1	1,6	2,3	2,2	2,2	2,2	1,9	–	–	–
Großbritannien	16,6	12,9	1,6	2,3	2,8	2,1	1,9	1,8	4,8	4,6	4,5
Schweden	2,7	3,4	2,6	2,7	2,9	0,8	1,5	1,7	6,1	5,9	5,6
Dänemark	1,9	2,4	2,2	2,3	2,5	2,0	1,7	1,8	5,3	5,2	5,0
EU 15³	95,4	–	1,5	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	7,8	7,6	7,4
Polen	1,9	4,0	3,2	4,2	4,3	2,3	2,2	2,2	17,9	17,0	16,0
Tschechien	0,8	3,8	4,9	4,6	4,5	1,9	2,6	2,0	8,0	7,7	7,2
Ungarn	0,8	2,7	4,2	4,5	4,3	3,6	1,6	3,7	7,1	7,0	6,5
Slowakei	0,3	1,2	5,5	5,4	5,3	2,7	3,7	2,5	16,5	15,5	14,0
Slowenien	0,3	0,6	4,0	3,8	4,3	2,4	2,4	2,1	5,8	5,6	5,5
Litauen	0,2	0,3	7,7	8,5	8,0	2,6	2,8	2,6	8,4	7,5	6,5
Zypern	0,1	0,1	3,7	3,8	4,0	2,5	2,4	2,4	6,0	6,2	6,0
Lettland	0,1	0,2	10,4	8,0	6,5	6,8	6,6	5,0	9,0	8,0	7,5
Estland	0,1	0,2	9,6	7,7	6,5	4,1	3,1	3,1	7,5	7,0	6,0
Malta	0,0	0,1	1,0	0,8	1,0	3,0	2,8	2,5	8,0	7,5	7,5
Neue EU-Mitgliedsländer³	4,6	–	4,3	4,7	4,6	2,6	2,4	2,5	13,1	12,5	11,7
EU 25³	100,0	–	1,7	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	8,6	8,3	8,0
<i>Nachrichtlich:</i>											
Insgesamt, exportgewichtet ³	x	100,0	2,0	2,6	2,6	2,2	2,2	1,9	–	–	–

¹ EU 15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.² Standardisiert.³ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2004.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2004.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2005 bis 2007: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

bestimmt. Dieser schlägt aufgrund unterschiedlicher Energieintensitäten in den einzelnen Ländern ungleichmäßig durch. Hinzu kommen Divergenzen in den Kerninflationen, die auf die jeweiligen konjunkturellen Entwicklungen und

lohnpolitischen Reaktionen zurückzuführen sind. Im Euroraum lag die Inflationsrate im November bei 2,3 %. Die Kerninflationen im Euroraum ist seit Beginn des Jahres mit ungefähr 1½ % deutlich niedriger.

Finanzpolitik im Euroraum auf Konsolidierungskurs

Das Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum hat sich im vergangenen Jahr kaum verringert. Es lag wie in den Vorjahren bei 2,9% des BIP (Tabelle 2.2). In diesem Jahr wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte nur wenig verbessern. Zwar erholt sich die Konjunktur, und in mehreren Ländern werden Maßnahmen zur schnelleren Konsolidierung in Angriff genommen. Doch dauert es einige Zeit, bis diese Maßnahmen wirksam werden. Zudem wird die konjunkturelle Erholung durch die restriktive Politik gedämpft.

Am stärksten fällt die Konsolidierung in Deutschland aus. Frankreich dürfte die Maastrichtkriterien im Prognosezeitraum nur knapp erreichen, während Italien, Griechenland und vor allem Portugal das Ziel weiterhin verfehlen werden. Im Euroraum wird sich der Fehlbetrag 2007 auf annähernd 2% des BIP reduzieren.

EZB: Geldpolitik bremst

Trotz der jüngsten Erhöhung der Leitzinsen um 25 Basispunkte bleibt das kurzfristige Zinsniveau mit 2¼% relativ niedrig. Der langfristige Zins liegt – gemessen an der Rendite für staatliche Anleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren – in der Nähe von 3½% (real 1,8%) und ist stabil (Abbildung 2.3). Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede bei den Inflationsraten im Euroraum, so dass der reale Zinssatz in Ländern mit niedrigeren Inflationsraten (wie in Deutschland) beträchtlich höher, in anderen Ländern erheblich niedriger ist.

Die EZB sieht die Gefahr einer höheren Inflation wegen des Anstiegs der Geldmenge, so dass nach der jüngsten Zinserhöhung weitere Zinsänderungen in absehbarer Zeit wahrscheinlich sind. Die Geldmengenerweiterung dürfte aber keine besondere Inflationsgefahr darstellen, weil institutionelle Änderungen wie die beachtliche Zunahme von Finanztransaktionen im Euroraum einen höheren Liquiditätsbedarf erfordern. Außerdem gibt es zur Zeit kaum Hinweise, dass die Inflationsrate steigen wird – die Inflationserwartungen bleiben niedrig, denn das Wirtschaftswachstum ist moderat, und die Lohnstückkosten nehmen nur geringfügig zu.

Ausblick

In den kommenden zwei Jahren wird sich die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung fortsetzen. Der private Konsum wird im Jahre 2006 leicht anziehen, gestützt auf Beschäftigungszuwächse bei

Tabelle 2.2

Entwicklung der Finanzierungssalden¹ der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	-2,8	-3,7	-4,0	-3,7	-3,6	-3,0	-1,9
Frankreich	-1,5	-3,2	-4,2	-3,7	-3,2	-3,1	-2,9
Italien	-2,6	-2,6	-3,2	-3,2	-4,5	-4,2	-3,5
Spanien	-0,4	-0,3	0,3	-0,1	0,0	-0,1	-0,1
Niederlande	0,0	-1,9	-3,2	-2,1	-2,0	-2,0	-1,7
Belgien	0,5	0,1	0,4	0,1	-0,3	-0,8	-0,8
Österreich	0,3	-0,2	-1,1	-1,3	-1,9	-1,8	-1,5
Griechenland	-3,7	-4,1	-5,2	-6,1	-5,0	-4,2	-3,4
Finnland	5,2	4,3	2,5	2,1	1,7	1,7	1,8
Irland	0,9	-0,4	0,2	1,3	-0,8	-0,5	-0,2
Portugal	-4,4	-2,7	-2,9	-2,9	-6,5	-5,5	-4,8
Luxemburg	6,4	2,3	0,5	-1,1	-1,1	-0,8	-0,8
Euroraum²	-1,6	-2,4	-2,9	-2,7	-2,9	-2,7	-2,1

¹ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.
² Summe der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in Euro.

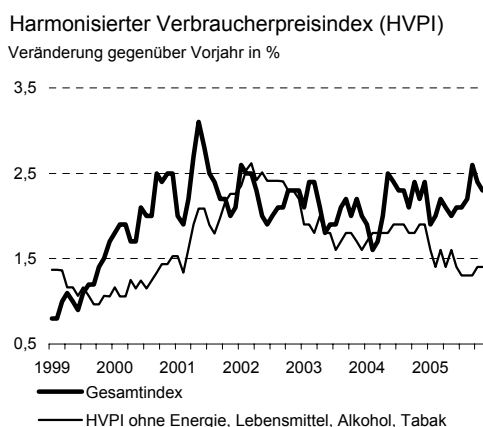
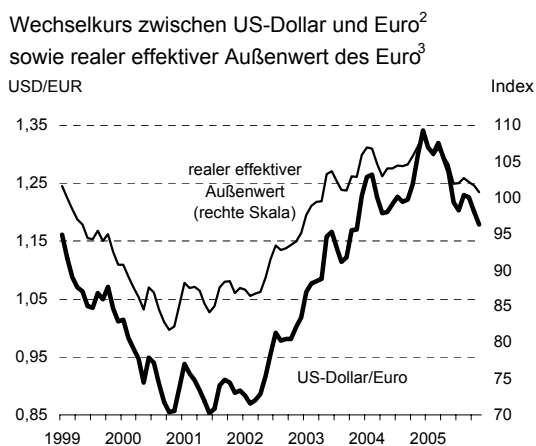
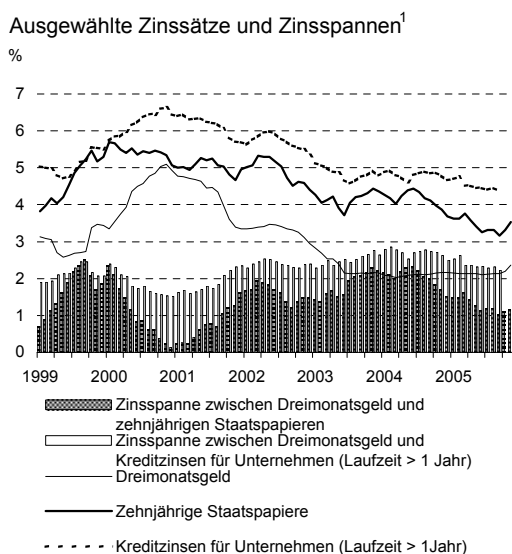
Quellen: Eurostat, Europäische Kommission;
 2005 bis 2007: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

moderatem Lohnwachstum und auf steigende Einkommen aus Vermögen. In den aggregierten Daten für den Euroraum schlagen sich jedoch Effekte der Reform des Gesundheitswesens in den Niederlanden nieder;² 2007 macht sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland dämpfend auf den privaten Konsum bemerkbar. Die Anlageinvestitionen, vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, entwickeln sich in diesem Jahr sehr positiv. In mehreren Mitgliedsländern des Euroraums bleibt die Baukonjunktur sehr reger. Im Jahre 2007 wird die leichte Erhöhung der kurz- und langfristigen Zinsen die Investitionstätigkeit etwas dämpfen. Die insgesamt günstige Lage der Weltwirtschaft ebenso wie die vorangegangene Abwertung des Euro werden den Export weiter stimulieren; der Außenhandel wird in beiden Jahren zum Wachstum beitragen. Allerdings bergen in einigen Ländern der besonders starke Anstieg der Immobilienpreise und die Ausweitung des kreditfinanzierten Wohnungsbaus die Gefahr, dass es zu einem abrupten Zusammenbruch der Immobilienmärkte kommt und sowohl der private Konsum

² Ein Großteil privat Versicherter wird ab 2006 durch öffentliche Krankenkassen versorgt, was sich in einer Verlagerung der Ausgaben vom privaten hin zum staatlichen Konsum ausdrücken wird; vorübergehend steigt der Staatsverbrauch.

Abbildung 2.3
Zur monetären Lage im Euroraum
 Januar 1999 bis November 2005



¹ Kreditzinsen ab Januar 2003: 1-5 Jahre, bis 1 Million Euro, Neugeschäft, bis September 2005.

² Vor 1998 Wechselkurs zwischen US-Dollar und synthetischem Euro.

³ Gegenüber einem weiten Länderkreis, auf Basis der Verbraucherpreise.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

als auch die Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Beschäftigung wird zunehmen. Dies geht mit einem steigenden Arbeitskräfteangebot einher; die Arbeitslosenquote wird somit nicht in entsprechendem Ausmaß sinken. Die Inflationsrate wird sich nach einem vorübergehenden Anstieg zu Beginn des Jahres 2006 rasch zurückbilden. Insbesondere wird sich die Beruhigung bei der Energiepreisentwicklung fortsetzen. Im kommenden Jahr wird die Anhebung der Mehrwertsteuer in Deutschland eine stärkere Senkung der Inflationsrate im Euroraum verhindern. Insgesamt wird für den Euroraum eine Inflationsrate von 2,2% – sowohl für 2006 als auch für 2007 – prognostiziert (Tabelle 2.3). Das reale BIP des Euroraums dürfte um 2,1% bzw. 1,9% steigen.

Konjunktur in Großbritannien erholt sich wieder

In Großbritannien hatte sich im Vorjahr die Konjunktur erheblich abgeschwächt. Mit etwas über 1½% wurde die niedrigste Wachstumsrate seit über einem Jahrzehnt erzielt. Ausschlaggebend hierfür war die schwache Inlandsnachfrage. Die privaten Verbrauchsausgaben stiegen nur noch halb so schnell wie im Jahr zuvor; dazu trugen der Rückgang der Immobilienpreise und eine deutlich gestiegene Sparquote bei. Die verschlechterten Absatz- und Ertragerwartungen wiederum schlugen sich in einem verlangsamten Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen nieder. Bei geringerem Produktivitätsanstieg haben sich die Lohnstückkosten schneller erhöht. Angesichts dieser Entwicklung und des kräftig gestiegenen Ölpreises lag die Inflationsrate über dem 2%-Ziel der Bank von England.

Insgesamt wird das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr bei etwa 2¼% und im nächsten Jahr mit etwa 2¾% wieder nahe dem längerfristigen Potentialpfad liegen. Die Abschwächung des privaten Verbrauchs hat den Tiefpunkt bereits hinter sich. Dies und die weiter sinkenden Realzinsen dürften dazu beitragen, dass sich auch die Investitionen allmählich wieder beleben. Die Leistungsbilanz ist weiter defizitär, verbessert sich aber allmählich. Die Arbeitslosenquote bleibt mit unter 5% vergleichsweise niedrig. Die Inflationsrate dürfte sich kaum verringern; sie liegt dicht beim Zielwert der Bank von England. Die Haushaltsdefizite sind rückläufig, da sich die gestiegenen Ölpreise in höheren Einnahmen der ölproduzierenden Wirtschaft und auch des Staates niederschlagen.

Tabelle 2.3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2003	2004	2005	2006	2007
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr					
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,7	1,8	1,4	2,1	1,9
Privater Konsum	1,1	1,4	1,3	1,3	1,6
Öffentlicher Konsum	1,6	1,1	1,3	1,9	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	1,7	2,4	3,6	3,3
Bauten	0,5	2,6	3,3	4,2	4,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,1	0,8	1,3	2,9	2,3
Außenbeitrag ¹	-0,6	0,1	-0,1	0,2	0,2
Verbraucherpreise ²	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
Lohnstückkosten	1,8	0,6	1,0	0,7	1,1
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts					
Budgetsaldo ³	-2,9	-2,7	-2,9	-2,7	-2,1
Leistungsbilanzsaldo	0,5	0,6	-0,2	-0,1	0,4
In % der Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote ⁴	8,9	8,9	8,5	8,3	8,1

¹ Wachstumsbeitrag.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Gesamtstaatlich.⁴ Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;

Berechnungen des DIW Berlin; 2005 bis 2007:

Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Anhaltend gute Konjunktur in den neuen Mitgliedsländern

Das Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedstaaten der EU ist weiter stark. Dies geht vor allem auf die Entwicklung in Polen, das 40 % der Wirtschaftskraft der neuen Mitgliedsländer repräsentiert, und in den baltischen Ländern zurück.

In Polen hat sich die Binnennachfrage erholt. Der private Konsum hat bei moderatem Beschäftigungs- und Lohnzuwachs angezogen; ebenso expandierten die Investitionen nach der Lockerung der Geldpolitik. Auch die Exportkonjunktur verstärkte sich. In den anderen mitteleuropäischen Ländern sind die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts weitgehend unverändert. Der private Konsum nahm mit Ausnahme der Slowakei in allen Ländern nur verhalten zu. In Ungarn und der Slowakei stiegen die Investitionen deutlich, darunter vor allem ausländische Direktinvestitionen und Infrastrukturprojekte. In der Tschechischen Republik und in Slowenien spielte bei schwacher Binnennachfrage der Außenbeitrag eine besondere Rolle. In allen vier Ländern hat sich im Verlauf des Jahres das Exportwachstum beschleunigt. Die Handelsbilanzen verbesserten sich vor allem in der Tschechischen Republik und in Ungarn.

In den baltischen Ländern wuchs die Wirtschaft kräftig. Hierzu trugen sowohl der Außenbeitrag

als auch die Binnennachfrage bei. In Estland und Lettland konnte das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht verringert werden. Allerdings bergen die unverändert hohen Inflationsraten in Lettland und ein Anstieg der Immobilienpreise in Estland um 30 % im Verlauf des Jahres 2005 das Risiko einer Überhitzung. Das hohe Wachstum in den baltischen Ländern war mit einer Ausweitung der Beschäftigung und einem stetigen Rückgang der Arbeitslosenquote verbunden.

Im Prognosezeitraum wird die günstige konjunkturelle Entwicklung anhalten. In Polen werden eine steigende Beschäftigung und ein kräftigeres Lohnwachstum zu einem stärkeren Anstieg der Binnennachfrage beitragen. In Ungarn gehen in diesem Jahr zusätzliche Impulse für den privaten Konsum von der Senkung der Mehrwertsteuer aus; dies wird vorübergehend auch die Inflationsrate unter das Niveau des Euroraums senken. Das Wachstum in den baltischen Ländern wird sich leicht abkühlen, jedoch auf hohem Niveau fortsetzen; die Beschäftigung dürfte deutlich zunehmen. Das Risiko einer Überhitzung bleibt bestehen. Maßnahmen zur Nachfragedämpfung wie die in Estland beschlossene Verschärfung der Reservevorschriften für Immobilienkredite könnten sich als notwendig erweisen, um die nominalen Konvergenzkriterien zu erfüllen. Estland strebt wie Litauen und Slowenien einen Beitritt zum Euroraum im Jahre 2007 an. Dies dürften alle drei Länder erreichen.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Belebung durch gestärkte Binnenkomponente

Im vergangenen Jahr entwickelte sich die deutsche Volkswirtschaft nur verhalten. Mit einem Zuwachs von gut 1 % war das Wachstumstempo nicht höher als im Jahre 2004 (Abbildung 3.1). Auch wenn die Binnennachfrage, noch anders als zuvor, nun zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug, waren die Impulse doch zu gering, um das Wachstum zu forcieren. Deswegen blieb auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt schlecht. Die dennoch höhere Zahl der Erwerbstätigen beruhte auf dem Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war rückläufig. Dies erregt nicht zuletzt deshalb Besorgnis, weil dadurch die Einnahmehasis des Staates, insbesondere der sozialen Sicherungssysteme, nachhaltig geschwächt wird.

In diesem Jahr wird die Binnennachfrage anziehen. Neben die unverändert starke Exportkonjunktur tritt eine insbesondere von den Ausrüstungsinvestitionen getragene binnenwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung. Die Schwankungen in den Jahreswachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % (2006) und 1,2 % (2007) sind maßgeblich durch Vorzieheffekte beim privaten Konsum geprägt. Insgesamt bleiben aber der öffentliche und der private Verbrauch in der Grundtendenz schwach. Die Exporttätigkeit profitiert weiterhin vom starken Wachstum der Weltwirtschaft und von der günstigen Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter. Hiervon gehen Impulse auf die Investitionstätigkeit aus. Allerdings wird der Aufschwung bei der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern deutlich hinter dem Zuwachs in früheren Aufschwungphasen zurückbleiben. Unter diesen Bedingungen wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kaum bessern.

Keine tragenden Wachstumsimpulse vom Konsum

Der private und der öffentliche Verbrauch tragen nach wie vor nur geringfügig zum Binnenwachstum bei. Nach der Stagnation der realen Konsumausgaben im Jahre 2005 werden im Prognosezeitraum konjunkturelle Impulse vorrangig von finanzpolitischen Maßnahmen des Staates ausgehen. Die zu erwartenden Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung im Jahre 2007 führen im zweiten Halbjahr 2006 zu einer vorübergehenden Beschleunigung des privaten Konsumwachstums. Der „Strohfeuerereffekt“ dieser Sonderkonjunktur zeigt sich im Jahre 2007; hier wird der reale Verbrauch stagnieren.

Kasten 3.1

Annahmen der Prognose

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die EZB erhöht den Leitzins im Verlauf dieses Jahres um 25 Basispunkte und belässt ihn auf diesem Niveau bis zum Ende des Prognosezeitraums.
- Der Ölpreis bleibt im Prognosezeitraum unverändert. Er wird bei 60 US-Dollar je Barrel (Nordsee Brent) liegen.
- Der Wechselkurs liegt bei 1,20 US-Dollar/Euro und verändert sich im Prognosezeitraum nicht.
- Der Welthandel expandiert 2006 um 6,5 %; für 2007 wird eine leichte Abschwächung auf 5,5 % angenommen.
- Die Tariflöhne steigen in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 1,1 %.

Die Sensitivität der Prognosen in Bezug auf die Annahmen wird im Kasten 3.2 untersucht.

In der Grundtendenz bleibt der private Konsum also schwach. Der Hauptgrund hierfür liegt in der nach wie vor schlechten Situation am Arbeitsmarkt und der damit einhergehenden mäßigen Entwicklung der verfügbaren Masseneinkommen. Vor diesem Hintergrund ist mit keiner grundlegenden Änderung des Sparverhaltens der privaten Haushalte zu rechnen. Das gegenwärtige Niveau der Sparquote (10,6 %) bleibt im Durchschnitt des Prognosezeitraums nahezu unverändert. Aufgrund der mehrwertsteuerbedingten Vorzieheffekte schwankt sie aber im Verlauf deutlich. So ist für die zweite Jahreshälfte 2006 mit einem deutlichen Rückgang der Sparquote – auf 9,9 % – zu rechnen, dem im Jahre 2007 wieder ein Anstieg auf 10,7 % folgt.

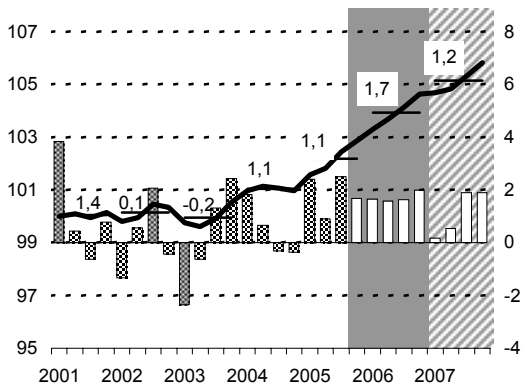
Ausrüstungsinvestitionen weiter im Aufwind

Maßgeblich für die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen im vergangenen Jahr waren die recht günstigen Finanzierungsbedingungen und die dank der stark gestiegenen Auslandsnachfrage verbesserten Absatzperspektiven. Hinzu kam eine sehr moderate Entwicklung der Lohnstückkosten. Dementsprechend erhöhten sich die Gewinnmargen und internen Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen. In diesem Jahr dürften

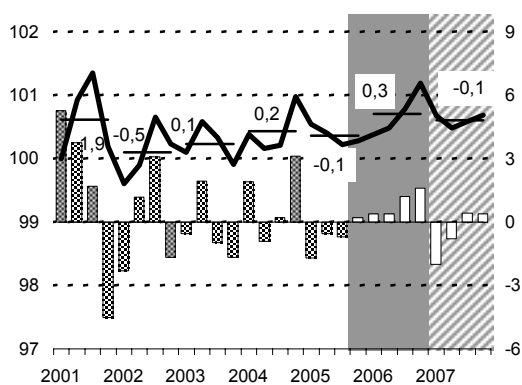
Abbildung 3.1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

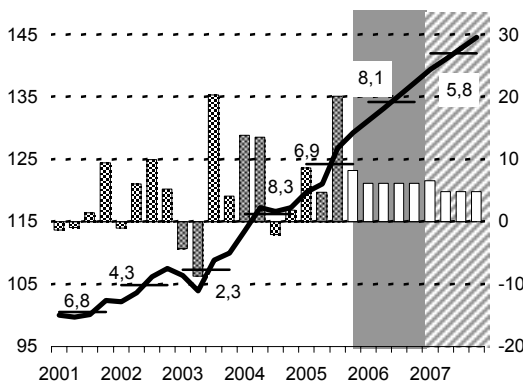
Bruttoinlandsprodukt¹



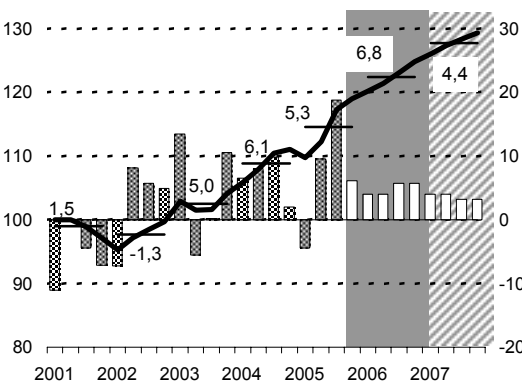
Konsumausgaben der privaten Haushalte¹



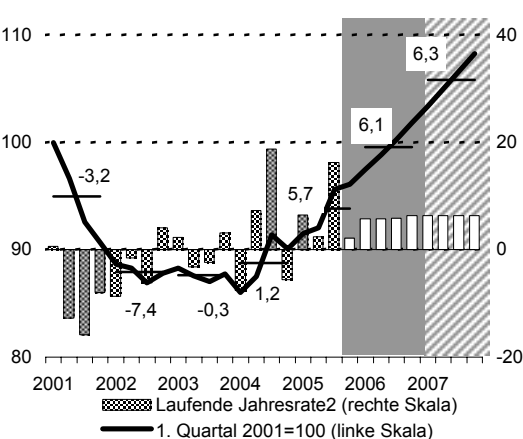
Exporte¹



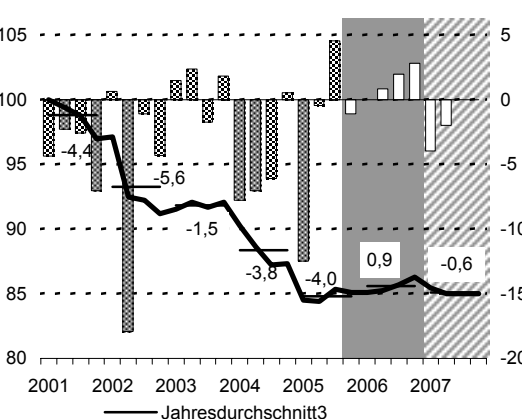
Importe¹



Ausrüstungsinvestitionen¹



Bauinvestitionen¹



Laufende Jahresrate² (rechte Skala)
 1. Quartal 2001=100 (linke Skala)



Prognose



Tendenz

¹ Preis- und saisonbereinigt (Kettenindex 2000=100).

² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

Kasten 3.2

Sensitivität der Prognosen

Die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beruhen auf Annahmen über wichtige Rahmenbedingungen. Dabei wird stets die Prognose ausgewiesen, der aus heutiger Sicht die größte Wahrscheinlichkeit zukommt. Dennoch sind Punktprognosen unsicher, weil zentrale Setzungen im Prognosezeitraum eventuell nicht erfüllt werden. Zum Beispiel können exogene Variablen wie Ölpreise und Wechselkurse eine andere Entwicklung nehmen als unterstellt; in diesem Fall sind entsprechende Korrekturen erforderlich. Von besonderem Interesse ist daher, wie hoch eine mögliche Adjustierung unter geänderten Bedingungen ausfällt. Das Prognoserisiko lässt sich durch Sensitivitätsanalysen quantifizieren.

Die Sensitivitätsuntersuchung erfolgt auf der Basis makroökonomischer Modelle, die den Interdependenzen gesamtwirtschaftlicher Variablen Rechnung tragen. Dabei wird der Verlauf in der Basisvariante einer Alternative gegenübergestellt, die sich unter geänderten Bedingungen ergibt. Aus dem Vergleich der beiden Simulationsläufe errechnet sich das Ausmaß der vorzunehmenden Prognosekorrektur.

Für die Sensitivitätsanalyse wird hier das NiGEM-Modell des National Institute for Economic and Social Research (NIESR), London, herangezogen. Das NiGEM ist ein makroökonomisches Mehrländermodell für die Weltwirtschaft mit rationalen (modellkonsistenten) Erwartungen. Die Reagibilität der Prognosen wird in Hinblick auf die Ölpreis-, Wechselkurs- und Zinsentwicklung sowie auf Vermögensänderungen bei den privaten Haushalten diskutiert.

Der erste Block der Tabelle zeigt die Effekte eines höheren Ölpreises auf das reale Bruttoinlandsprodukt sowie auf die Konsumentenpreise. Es werden die Auswirkungen einer dauerhaften Anhebung der Rohölpreise um 30 US-Dollar pro Barrel ab Anfang 2006 betrachtet, wobei in der Basislösung ein Preis von 60 US-Dollar gesetzt ist. Unter den geänderten Bedingungen ziehen die Konsumentenpreise im Jahr des Schocks um 0,6 Prozentpunkte (2006) an. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts wird um 0,4 Prozentpunkte reduziert. Während der Inflationsimpuls zurückgeht, bleibt die Schwächung des realen Wachstums in den beiden Folgejahren noch erhalten. Der über drei Jahre kumulierte Wachstumsverlust liegt bei 1,3 Prozentpunkten. Im Vergleich zu den früheren Ölkrisen sind die Effekte jedoch geringer. Dazu trägt zum einen die geringere Energieintensität der Produktion bei. Zum anderen sind Lohn-Preis-Spiralen aufgrund der hohen Unterbeschäftigung und des wachsenden Globalisierungsdrucks nicht mehr in den in der Vergangenheit üblichen Ausmaßen zu erwarten. Endogene Zinsreaktionen der Geldpolitik, die in den Simulationen unterstellt sind, fallen somit geringer aus.

Effekte von Veränderungen verschiedener Variablen auf Wachstum und Preise

In Prozentpunkten

	2006	2007	2008	2006-2008
Höherer Ölpreis (+30 US-Dollar je Barrel)				
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	-0,4	-0,5	-1,3
Inflation	0,6	0,3	0,0	0,8
Aufwertung des Euro (auf 1,50 US-Dollar/Euro)				
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	-0,5	0,0	-1,0
Inflation	-0,3	-0,2	-0,1	-0,6
Höherer Geldmarktzinssatz (+100 Basispunkte)				
Bruttoinlandsprodukt	-0,7	-0,6	-0,5	-1,8
Inflation	-0,1	-0,1	-0,3	-0,5
Reduktion der Nominalvermögen (-20 %)				
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,3	-0,2	-0,8
Inflation	0,0	-0,1	-0,2	-0,3

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Eine Sensitivitätsanalyse in Bezug auf Wechselkurs-effekte ist nur für den Euroraum möglich. Im zweiten Block der Tabelle wird daher anstelle von Deutschland der gesamte Euroraum betrachtet. Eine dauerhafte Aufwertung des Euro auf 1,50 US-Dollar je Euro senkt die Wachstumsaussichten im Euroraum in den ersten beiden Jahren um jeweils 0,5 Prozentpunkte. Die Inflation wird um bis zu 0,3 Prozentpunkte gedämpft. Infolge der Aufwertung geben die in Euro umgerechneten Rohstoffnotierungen nach. Im dritten Jahr haben sich die Akteure an die geänderten Paritäten angepasst, so dass der Schock relativ schnell verarbeitet wird.

Die Geldpolitik kann das konjunkturelle Geschehen im Prognosezeitraum wesentlich beeinflussen. Für die dritte Sensitivitätsanalyse wird angenommen, dass die Europäische Zentralbank im Jahre 2006 den Geldmarktsatz auf Dauer um 100 Basispunkte anhebt. Dies führt dazu, dass die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts zunächst um 0,7 Prozentpunkte geringer ausfällt. Der Wachstumsverlust ist auch in den Folgejahren spürbar und schwächt sich nur allmählich ab. Die Wirkungen auf die Inflationsrate sind praktisch vernachlässigbar.

Eine Neubewertung der Vermögen beeinflusst unter anderem die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die einen Anteil von mehr als 60% am Bruttoinlandsprodukt aufweisen. Schwankungen in der Vermögensposition könnten beispielsweise durch die Kursentwicklung an den Aktienmärkten, aber auch durch eine Änderung der Immobilienbewertungen ausgelöst werden. So ist verschiedentlich argumentiert worden, dass die Akzeleration der Immobilienpreise in einigen Ländern wesentlich zur Stützung der dortigen Konsumausgaben beigetragen hat. Im Folgenden wird ein vorläufiges Ende dieser Entwicklung unterstellt (letzter Block der Tabelle). Dabei wird insbesondere der Einfluss des Vermögens auf den Konsum betrachtet. Die Investitionen passen sich nachgelagert an, indem sie auf Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage reagieren. Konkret wird eine Abnahme der Nominalvermögen um 20% in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Spanien, Großbritannien und den USA betrachtet, die sich auf Deutschland überwälzt.

Die Simulationen zeigen für Deutschland jährliche Wachstumsverluste in der Größenordnung von 0,2 bis 0,3 Prozentpunkten im betrachteten Zeitraum. Damit ist das Risiko für die Konjunkturprognose eher begrenzt. Nicht nur die Vermögensbestände, sondern auch die Einkommen sind für die Entwicklung verantwortlich. Allerdings ist zu beachten, dass sich in den einzelnen Aggregaten mitunter eine abweichende Reaktion vollzieht. So gehen die Konsumausgaben durchweg stärker zurück (-0,5 Prozentpunkte). Die schwächere Wirkung auf das Bruttoinlandsprodukt kommt durch die geringere Importnachfrage zustande.

die Rahmenbedingungen für Investitionen günstig bleiben. Aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze im Jahre 2007 sind Vorzieheffekte bei der Nachfrage nach langlebigen Gütern zu erwarten. Damit bleiben die Absatzaussichten in diesem Jahr trotz eines leicht verlangsamten Wachstums der Exporte gut. Die Lage am Kapitalmarkt ist noch immer positiv; die langfristigen Zinsen dürften erst allmählich wieder steigen.

Geplant ist eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen. So wird es den Unternehmen u.a. erlaubt, im Rahmen der degressiven Abschreibung das Dreifache des Satzes der linearen Abschreibung (höchstens 30%) anzusetzen. So steht der Kapitaleinsatz für Investitionen den Unternehmen schneller wieder zur Verfügung. Dies bietet einen Zinsvorteil und erhöht die internen Finanzierungsmöglichkeiten. Aufgrund der ohnehin günstigen Finanzierungsbedingungen dürfte dies allerdings im laufenden Jahr eher zu Mitnahmeeffekten führen. Mit zusätzlichen Investitionen ist indes im Verlauf des Jahres 2007 zu rechnen, da eine Rücknahme dieser Regelung bereits für 2008 angekündigt ist. Ohne diese befristete Maßnahme wären im Jahre 2007 rückläufige Wachstumsraten zu erwarten.

Insgesamt erhöhen sich die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um 6,1% und im nächsten Jahr um 6,3%. Die Investitionen in sonstige Anlagen steigen um 4,0% bzw. um 4,5%.

Bauinvestitionen stabilisieren sich auf niedrigem Niveau

Der Abwärtstrend bei den Bauinvestitionen ist im ersten Halbjahr 2005 gestoppt worden. Dennoch ergab sich für den Durchschnitt des vergangenen

Jahres in allen Bereichen ein weiterer deutlicher Rückgang. Maßgeblich dafür waren vor allem die hohen Angebotsüberhänge bei Wohnungen und Büroimmobilien. Hinzu kam, dass die Baupreise aufgrund der starken Verteuerung von Stahlprodukten in den vergangenen Jahren stärker gestiegen sind.

Für den Prognosezeitraum wird mit einer leicht positiven Entwicklung in der Bauwirtschaft gerechnet; hierauf deuten die Baugenehmigungen und Auftragseingänge hin. Zahlreiche Bauprojekte beim Wohnungsbau, für die im Zuge der angekündigten Abschaffung der Eigenheimzulage bereits die Genehmigung eingeholt worden war, dürften im laufenden Jahr realisiert werden. Hinzu kommt, dass auch hier die Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2007 zu Vorzieheffekten führt. Für den Wirtschaftsbau wird im Zuge der konjunkturellen Belebung bei noch günstigen Finanzierungsbedingungen ebenfalls eine moderate Erholung erwartet. Auch die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum etwas zunehmen. Maßgeblich dafür ist der verbesserte Finanzierungsspielraum der Gemeinden. Alles in allem steigen die Bauinvestitionen im laufenden Jahre leicht, um durchschnittlich 0,8%, und gehen im nächsten Jahr um 0,6% zurück.

Außenhandel bleibt dynamisch

Die Exporte werden von der nach wie vor robusten Weltkonjunktur gestützt. Die Abwertung des Euro hat zudem die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte außerhalb des Euroraums erhöht. Darüber hinaus wurden von den ölexportierenden Ländern vermehrt Güter und Dienstleistungen nachgefragt. Für 2006 ist ein Zuwachs der Exporte um 8%, nach 7% im Jahre 2005, zu erwarten. Im nächsten Jahr dürfte es im Zuge der konjunkturellen

Beruhigung in den weltwirtschaftlich wichtigsten Ländern zu einer leichten Abkühlung des Wachstums (5,8 %) kommen.³

Auch die Importe werden real deutlich zunehmen. Der Importanstieg wird zum einen durch die Exportentwicklung mitverursacht, weil ausländische Vorleistungsgüter bezogen werden. Zum anderen trägt vor allem in diesem Jahr eine stärkere Binnenkonjunktur zu einer Erhöhung der Importnachfrage bei.⁴ Allerdings bleibt der Anstieg der Importe im Prognosezeitraum unter dem der Exporte, so dass der Außenhandel unverändert positiv zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beiträgt. Unabhängig von der Entwicklung der Rohstoffpreise und der Wechselkurse bedeutet die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit einen weiteren Terms-of-Trade-Verlust.

Preisentwicklung: Mehrwertsteuererhöhung löst Ölpreiseffekte ab

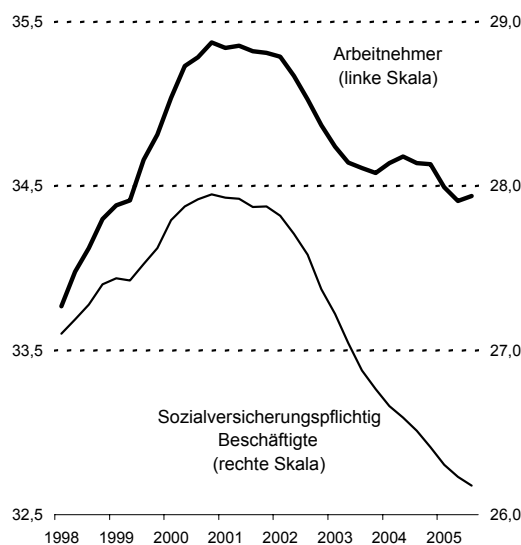
Die Konsumentenpreise haben sich 2005 deutlich erhöht. Die Inflationsrate lag im September 2005 um 2,6 % über dem Vorjahresniveau und hat damit trotz moderater Konjunktur einen Wert nahe dem Zehnjahreshoch (Mai 2001: 2,8 %) erreicht. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die gestiegenen Energie- und hier insbesondere die Rohölpreise. Infolge der etwas schwächeren Weltkonjunktur dürften weitere Preissteigerungen an den Primärenergiemärkten im Prognosezeitraum ausbleiben. Entsprechend wird die Inflationsrate im Jahre 2006 wieder auf 2,0 % sinken. Dazu tragen die noch immer schwache Binnennachfrage und der hohe Wettbewerb im Euroraum bei. Beispielsweise führt die Verlagerung von Produktion in Niedriglohnländer zu einem langfristigen Rückgang der Inflationsrate. Auch die zu erwartenden Lohnsteigerungen dürften keinen Preisdruck aufkommen lassen. Allerdings dürften Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der geplanten Mehrwertsteuererhöhung gegen Ende 2006 zu einem etwas stärkeren Preisauftrieb führen.

Im Jahre 2007 wird die Preisentwicklung von der Erhöhung der Mehrwertsteuer bestimmt. In der Vergangenheit hatte sich die Preissteigerungsrate pro Mehrwertsteuerschritt um etwa 0,6 Prozentpunkte erhöht. Diese volle Überwälzung war nach etwa eineinhalb Jahren abgeschlossen. Dies kann als Richtgröße für die Wirkungen der geplanten Steuererhöhungen gelten. Rechnerisch würde sich bei einer 3-prozentigen Anhebung der Mehrwertsteuer also eine Beschleunigung im Preisanstieg um knapp 2 Prozentpunkte ergeben. Eine Prognose ist jedoch mit großen Unsicherheiten verbunden, da historische Erfahrungen fehlen. In dieser Schätzung ist eine Überwälzung von zwei Dritteln im Jahre 2007 unterstellt.

Abbildung 3.2

Arbeitnehmer im Inland und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹

Saisonbereinigt in Mill. Personen



¹ Ab Juni 1999 geänderte Erfassung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB; Bundesagentur für Arbeit.

DIW Berlin 2005

Arbeitsmarkt: Keine grundlegende Besserung in Sicht

Im vergangenen Jahr blieb die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt. Bis zum Herbst setzte sich der Rückgang der Beschäftigung fort (Abbildung 3.2). Bei den einzelnen Beschäftigungsformen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Zugenommen haben die von den Arbeitsagenturen geförderten Beschäftigungsverhältnisse, die sog. 1-Euro-Jobs. Deutliche Zuwächse hatte es bis Anfang 2005 auch bei der Zahl der geförderten Selbständigen gegeben; danach brachen die Bewilligungen für die Ich-AGs jedoch massiv ein.⁵ Weiter eingeschränkt wurden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Hingegen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

³ Allgemein ist die weltwirtschaftliche Entwicklung die wichtigste Einflussgröße für die Dynamik der Exporte. So liegt die Elastizität der deutschen Exporte in Bezug auf den Welthandel bei 1. Dies bedeutet, dass eine einprozentige Steigerung des Welthandels eine einprozentige Steigerung der Exporte nach sich zieht. Dagegen liegt die Elastizität in Bezug auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nur bei 0,5.

⁴ Die Elastizität deutscher Importe in Bezug auf die gesamte Endnachfrage in Deutschland beträgt 1,5. In Bezug auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist die Elastizität mit einem Wert von 0,1 deutlich geringer als die analoge Größe für die deutschen Exporte.

⁵ Dafür dürfte es vor allem zwei Gründe geben. Zum einen müssen die geförderten Existenzgründer seit Ende 2004 ihr Unternehmenskonzept von den Kammern auf seine Tragfähigkeit überprüfen lassen. Zum anderen ist anzunehmen, dass nicht wenige ehemalige Empfänger von Arbeitslosenhilfe bis Ende 2004 nur deshalb einen Antrag auf Förderung in Form von Existenzgründungszuschüssen oder Übergangsgeld gestellt haben, weil sie erwarten konnten, dass sie wegen ihres Vermögens oder wegen des Verdienstes ihres Partners keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben würden.

nochmals stark zurückgegangen. Dies ist vor allem auf die schwache Konjunktur zurückzuführen. Bemerkenswert dabei ist, dass selbst das verarbeitende Gewerbe im Jahre 2005 Arbeitsplätze abgebaut hat, obwohl dieser Wirtschaftszweig kräftige Impulse von der regen Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen und von der anziehenden Nachfrage nach Ausrüstungsgütern aus dem Inland erhielt.

Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II sind die Arbeitslosenzahlen nach oben geschneilt. Erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger mussten sich arbeitslos melden, um soziale Unterstützung zu erhalten; auch eine hohe Zahl von Jugendlichen meldete sich arbeitslos.⁶ Zugleich ist offenbar geworden, dass von der Arbeitslosenstatistik das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit bei weitem unterschätzt wurde.⁷ Viele Jugendliche hatten sich offensichtlich deshalb nicht arbeitslos gemeldet, weil sie keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung hatten.

Ein Ausblick auf die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 2006 fällt deshalb schwer, weil die staatliche Förderung von Beschäftigung mit in den Blick zu nehmen ist. Trotz ihres Wachstums ist die Zahl der 1-Euro-Jobs bisher hinter den angekündigten Plänen zurückgeblieben. Das liegt vor allem daran, dass es sich bei diesen Jobs um gemeinnützige und zusätzliche Tätigkeiten handeln muss, durch die Arbeitsplätze an anderer Stelle nicht verdrängt werden. Tatsächlich ist diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen. Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass die 1-Euro-Jobs noch zunehmen werden. Die geförderte selbständige Tätigkeit dagegen dürfte weiter zurückgehen. Offen ist, ob und in welcher Form im Laufe des Jahres die Subventionierung von Kombilöhnen eingeführt wird.

Entscheidend für den Arbeitsmarkt ist jedoch die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Bei einem zu erwartenden Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 1,7% könnte der Abbau der Beschäftigung im Laufe dieses Jahres zum Stillstand kommen. Eine nennenswerte Zunahme der Beschäftigung ist im Jahre 2007 allerdings nicht in Sicht.

Öffentliche Finanzen: Restriktionswirkungen nehmen zu

Auch im abgelaufenen Jahr zielte die Finanzpolitik auf eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Dies gelang jedoch nicht im erhofften Maße; mit 80 Mrd. Euro – dies entsprach 3,6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts – war das Finanzierungsfizit⁸ fast so hoch wie im Jahr zuvor. Zwar war es in vielen Bereichen gelungen, die Ausgaben zu-

rückzuführen oder konstant zu halten. Doch haben zwei Faktoren zu höheren Belastungen geführt. Zum einen war im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II) die Zahl der Leistungsbezieher weit größer als erwartet; zum anderen mussten durch die Zuordnung der Postpensionskasse zum Staatssektor⁹ zusätzliche Ausgaben gebucht werden. Insgesamt verzeichneten die Staatsausgaben ebenso wie die Einnahmen ein Plus von etwa 1%. Dabei nahm das Steueraufkommen den jüngst vom „Arbeitskreis Steuerschätzungen“ prognostizierten Verlauf, während die Sozialbeiträge infolge der stagnierenden Löhne und der rückläufigen Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schrumpften. Wegen der ungeplanten Mehrausgaben war der restriktive Einfluss des Staatshaushalts auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geringer als ursprünglich erwartet.

In diesem Jahr wird die Haushaltskonsolidierung ein gutes Stück vorankommen. Nach der hier vorgelegten Prognose kann mit einem Rückgang des Staatsdefizits auf 67 Mrd. Euro bzw. 3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts gerechnet werden.

Die Ausgaben dürften stagnieren. Ein Grund hierfür sind die Personalausgaben, die abermals rückläufig sind. Die Tarifierhebungen ziehen nur geringfügige Mehrausgaben nach sich und werden mehr als kompensiert durch die Kürzungen des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte und die Entlastungen infolge des weiteren Stellenabbaus. Auch die monetären Sozialleistungen dürften etwas sinken. Die Renten werden nicht erhöht, und die Zahl der Rentenfälle nimmt kaum zu. Gleichzeitig verringern sich die arbeitsmarktbedingten Ausgaben etwas, weil die Zahl der Kurzarbeitslosen zurückgeht und die der Langzeitarbeitslosen steigt; zudem sind Einschränkungen beim Arbeitslosengeld II geplant.¹⁰ Der Anstieg der sozialen Sachleistungen dürfte durch weitere Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen gedämpft

⁶ Diese jungen Personen haben die Gesetzgebung genutzt, das Elternhaus zu verlassen, da ihnen der übliche Grundbetrag des Arbeitslosengeldes II gezahlt und die Wohnkosten erstattet wurden. Denn die neuen Gesetze sehen nicht mehr – wie bei der Sozialhilfe – den Rückgriff auf das Einkommen oder das Vermögen der Eltern bei mittellosen Jugendlichen vor. So stieg in den ersten zehn Monaten die Zahl der Personen unter 25 Jahren, die Arbeitslosengeld II erhielten, um knapp 40%.

⁷ So zeigen die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes über die Erwerbslosigkeit nach dem ILO-Konzept eine um etwa die Hälfte höhere Jugendarbeitslosigkeit an als die Arbeitslosenstatistik.

⁸ In Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

⁹ Bundesregierung und Statistisches Bundesamt hatten bislang die Pensionskasse dem Unternehmenssektor zugeordnet; Eurostat besteht jedoch darauf, dass sie zum Staatssektor gezählt wird. Die Postpensionskasse hat Ansprüche auf Zahlungen der Postnachfolgeunternehmen und auf Zuweisungen des Bundes. Diese Ansprüche wurden 2005 teilweise verkauft, so dass der Bund für 2005 keinen Zuschuss überweisen musste. In dem Maße, wie sich infolge des Forderungsverkaufs die Einnahmen dieses Fonds in Zukunft verringern, muss der Bund höhere Zuweisungen leisten. Eurostat wertet den Verkauf im Jahre 2005 als einmalige Transaktion.

¹⁰ So soll ein grundsätzliches Rückgriffsrecht auf die Eltern von bis zu 25-jährigen Empfängern von Arbeitslosengeld II eingeführt und die Finanzierung des Erstwohnungsbezugs von Jugendlichen eingeschränkt werden.

werden. Bei den Subventionen werden weitere Kürzungen wirksam, und bei den Vermögenübertragungen kommt es zu merklichen Einsparungen infolge der Einschränkungen bei der Eigenheimzulage und den Investitionszuschüssen. Trotz der hohen Haushaltsfehlbeträge dürften die Zinsausgaben nur moderat zunehmen, da es bei der Refinanzierung von Altschulden noch immer zu Zinsersparnissen kommt; sie werden freilich geringer.

Bei den öffentlichen Investitionen wird es nach dem viele Jahre anhaltenden Verfall voraussichtlich zu einer Trendwende kommen. Hierfür spricht zum einen, dass sich die Finanzlage der Gemeinden weiter verbessert; zum anderen hat der Bund zusätzliche Investitionsprogramme aufgelegt. Allerdings wird das Plus – ausgehend von einem extrem tiefen Niveau – bescheiden ausfallen und völlig unzureichend sein, um den aufgestauten Investitionsbedarf zu verringern.

Die Einnahmen des Staates werden in diesem Jahr um 1,4% und damit schwächer als das nominale Bruttoinlandsprodukt zunehmen. Überdurchschnittlich werden sich die Steuereinnahmen entwickeln (+2,6%), weil die Dynamik der gewinnabhängigen Steuern ungebrochen ist. Die Mehreinnahmen aus den verschiedenen steuerlichen Maßnahmen, die 2006 wirksam werden,¹¹ belaufen sich auf deutlich weniger als 1 Mrd. Euro. Bei der Umsatzsteuer wird ein recht kräftiges Plus erwartet, da es infolge der für den 1. Januar 2007 geplanten Steuererhöhung in der zweiten Jahreshälfte 2006 bei den Käufen von privaten Konsumgütern zu erheblichen Vorzieheffekten kommen dürfte. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden aufgrund des geringen Anstiegs der Lohnsumme hingegen kaum steigen; der Progressionseffekt des Lohnsteuertarifs kommt wenig zum Tragen.

Im Gegensatz zum Steueraufkommen werden die Sozialbeiträge weit schwächer als das nominale Bruttoinlandsprodukt steigen; auch hierfür ist die schwache Entwicklung bei den Löhnen und der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Grund. Es wird angenommen, dass die Beitragssätze konstant bleiben; die Beitragsbemessungsgrenzen werden geringfügig angehoben.

Die Entwicklung im Jahre 2007 wird durch die umfangreichen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geprägt. Allerdings werden die Haushalte längst nicht um die in der Öffentlichkeit genannten 35 Mrd. Euro entlastet. Zum einen erreichen manche Maßnahmen erst in späteren Perioden ihre volle Kassenwirksamkeit; zum anderen sind die negativen gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen zu beachten, die damit einhergehen. Schließlich stellt sich die Frage, ob alle Maßnahmen in dem von

der Bundesregierung erhofften Volumen greifen; in der Vergangenheit war es diesbezüglich zu mancher Fehleinschätzung gekommen.

Alles in allem kann 2007 mit einer merklichen Reduktion der Defizitquote gerechnet werden. Nach der hier vorgelegten Schätzung dürfte das Staatsdefizit eine Größenordnung von 45 Mrd. Euro erreichen; dies wären 1,9% des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dabei ist unterstellt, dass die finanzpolitischen Entscheidungsträger ihren Sparkurs auf der Ausgabenseite fortführen; der Zuwachs der Staatsausgaben wird auf 0,6% prognostiziert. Die Personalausgaben steigen kaum; die etwas höheren Tarifabschlüsse werden durch weitere Stellenkürzungen nahezu kompensiert. Die monetären Sozialleistungen dürften neuerlich etwas zurückgehen; das kleine Plus bei den Rentenzahlungen infolge der etwas höheren Zahl der Rentner wird durch geringere Aufwendungen für die Grundsicherung von Erwerbsfähigen und geringere Zahlungen für das Arbeitslosengeld I mehr als ausgeglichen. Die öffentlichen Investitionsausgaben dürften aufgrund der besseren Finanzlage der Gemeinden und der zusätzlichen Aktivitäten des Bundes leicht zunehmen.

Infolge der verschiedenen steuerpolitischen Maßnahmen wird bei den Einnahmen des Staates mit einem Plus von knapp 3% gerechnet. Nicht nur wird der Abbau von Steuervergünstigungen in voller Höhe kassenwirksam, auch sind durch die höhere Mehrwert-, Versicherungs- und Einkommensteuer zusätzliche Einnahmen von insgesamt 15 Mrd. Euro zu erwarten. Gemindert wird das Mehrwertsteueraufkommen durch das Vorziehen von Käufen in das Jahr 2006; zudem wird angenommen, dass der Überwälzungsprozess nicht in voller Höhe im Jahre 2007 vonstatten geht. Geschmälert werden die Staatseinnahmen hingegen durch die Senkung der Sozialbeiträge; per saldo sind hier Mindereinnahmen von 11 Mrd. Euro zu erwarten.

Das Bemühen um eine Verringerung der staatlichen Defizitquote zieht erhebliche Restriktionswirkungen für die Gesamtwirtschaft nach sich. Nach dem Impulskonzept des DIW Berlin¹² errechnet sich für das kommende Jahr ein dämpfender Effekt von 13 Mrd. Euro (Tabelle 3.1). Für 2007 wird der Betrag sogar auf knapp 25 Mrd. Euro geschätzt; dies sind über ein halbes bzw. ein ganzes Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Mit anderen Worten: Verzichtete

¹¹ Hierbei handelt es sich um die Abschaffung der Eigenheimzulage und von Steuerstundungsmodellen, aber auch um die verschiedenen Maßnahmen im Rahmen des Steuerfortprogramms.

¹² Als Nachfrageimpulse sind jene Abweichungen der Einnahmen und Ausgaben definiert, die sich gegenüber dem jeweils realisierten Volumen des Vorjahres und fortgeschrieben mit der mittelfristigen Trendrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts errechnen. Konjunkturrelevant sind alle Veränderungen der Staatsaktivitäten, also diskretionäre ebenso wie solche Änderungen, die auf der Wirkung automatischer Stabilisatoren beruhen.

Tabelle 3.1

Nachfrageimpulse¹ des Staates² (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) (+ expansiv/- kontraktiv)

Mrd. Euro

	2001	2002	2003	2004	2005 ³	2006 ³	2007 ³
Steuern							
Tatsächliches Volumen	475,7	475,8	480,4	479,6	486,1	498,9	531,3
Neutralitätlinie	511,2	488,8	486,6	491,3	488,0	494,8	508,1
Differenz	35,5	13,0	6,2	11,7	2,0	-4,1	-23,2
Sozialbeiträge							
Tatsächliches Volumen	383,7	389,2	394,3	395,3	394,5	397,1	392,8
Neutralitätlinie	372,1	394,2	398,1	403,3	402,2	401,6	404,4
Differenz	-11,6	5,0	3,8	8,0	7,7	4,5	11,6
Sonstige Einnahmen							
Tatsächliches Volumen	81,9	81,9	81,2	77,7	81,1	79,2	80,5
Neutralitätlinie	80,7	84,1	83,8	83,1	79,1	82,6	80,6
Differenz	-1,2	2,3	2,5	5,4	-2,1	3,4	0,1
Summe der Einnahmen							
Tatsächliches Volumen	941,3	946,9	956,0	952,6	961,7	975,1	1 004,7
Neutralitätlinie	963,9	967,1	968,5	977,6	969,3	979,1	993,2
Differenz	22,6	20,3	12,6	25,0	7,6	3,9	-11,5
Käufe von Gütern und Diensten							
Tatsächliches Volumen	251,5	257,9	258,2	258,2	257,8	256,9	258,3
Neutralitätlinie	255,7	258,4	263,7	264,0	262,7	262,4	261,6
Differenz	-4,2	-0,6	-5,6	-5,8	-4,9	-5,6	-3,3
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)							
Tatsächliches Volumen	64,5	62,9	64,6	62,9	64,5	66,8	69,2
Neutralitätlinie	66,9	66,2	64,3	66,0	64,0	65,7	68,1
Differenz	-2,5	-3,4	0,3	-3,1	0,5	1,2	1,1
Transfers							
Tatsächliches Volumen	485,6	503,9	515,7	515,5	520,5	516,9	515,2
Neutralitätlinie	484,6	498,9	515,4	527,4	524,5	529,9	526,5
Differenz	1,0	4,9	0,3	-11,9	-4,1	-13,0	-11,3
Bruttoinvestitionen							
Tatsächliches Volumen	36,8	35,6	32,9	30,8	29,8	30,5	31,5
Neutralitätlinie	37,2	37,8	36,4	33,6	31,3	30,3	31,1
Differenz	-0,4	-2,3	-3,5	-2,9	-1,5	0,2	0,4
Summe der Ausgaben							
Tatsächliches Volumen	838,4	860,1	871,3	867,4	872,5	871,2	874,2
Neutralitätlinie	844,4	861,4	879,8	891,1	882,6	888,3	887,3
Differenz	-6,0	-1,3	-8,5	-23,7	-10,0	-17,1	-13,0
Nachfrageimpulse einschließlich Zinsausgaben	16,6	19,0	4,1	1,3	-2,4	-13,2	-24,5
Nachfrageimpulse ohne Zinsausgaben	19,1	22,3	3,8	4,5	-2,9	-14,4	-25,6

¹ Gemessen am mittelfristigen Trend des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

² Ohne Transaktionen mit der übrigen Welt.

³ Schätzung des DIW Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

der Staat auf eine finanzpolitische Restriktion in dieser Größenordnung und orientierte sich in seinem Verhalten am trendmäßigen Verlauf des nominalen Bruttoinlandsprodukts, so würde das Bruttoinlands-

produkt 2006 um reichlich ein halbes Prozent und 2007 um über ein Prozent höher ausfallen. Unter Berücksichtigung von Multiplikatoreffekten ist mit einer noch größeren Lücke zu rechnen.

4. Wirtschaftspolitik

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist *die* große Herausforderung für die deutsche Wirtschaftspolitik. Fiskalpolitischen Maßnahmen sind durch die Notwendigkeit einer mittelfristigen Budgetkonsolidierung enge Grenzen gesetzt. Allerdings vergrößert die sich abzeichnende konjunkturelle Erholung den fiskalpolitischen Spielraum, und es gilt ihn optimal zu nutzen. Das vorgelegte Programm der neuen Regierung wirkt für sich genommen konjunkturfördernd, da Vorzieheffekte ausgelöst werden. Doch schon für 2007 ist ein konjunktureller Rückschlag zu erwarten, denn dann kommt es zu massiven Restriktionen seitens des Staates. Da die Geldpolitik den konjunkturellen Impulsen voraussichtlich dämpfend entgegenwirkt, kommen der Lohnpolitik und Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung eine besondere Bedeutung zu.

Finanzpolitische Überlegungen

Über die Notwendigkeit, *mittelfristig* die Haushaltsdefizite abzubauen und einen Haushaltsausgleich anzustreben, besteht kaum ein Zweifel. Deshalb sollte die Konsolidierungspolitik über einen Konjunkturzyklus hinweg angelegt sein. Dann können konjunkturelle Gegebenheiten angemessen berücksichtigt werden, so dass auch kurzfristig keine Wachstumsmöglichkeiten verschenkt werden. Gerade dieser Aspekt kommt in den von der neuen Bundesregierung eingeleiteten Schritten zur Haushaltskonsolidierung zu kurz, selbst wenn – und dies ist anzuerkennen – aus konjunkturellen Gründen darauf verzichtet worden ist, bereits in diesem Jahr den ohnedies restriktiv angelegten Kurs der Finanzpolitik durch Steuererhöhungen und Ausgabekürzungen zu verschärfen. Doch schon für das nächste Jahr ist dieser Schritt geplant, und die zaghafte konjunkturelle Aufwärtsentwicklung wird, wahrscheinlich viel zu früh, einen spürbaren Dämpfer erhalten. Als Begründung führt die Bundesregierung europa- und verfassungsrechtliche Vorschriften an.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wären die finanzpolitischen Entscheidungsträger gut beraten, die gesamtwirtschaftlichen Opportunitätskosten eines solchen Vorgehens stärker ins Blickfeld zu rücken. Hierzu gehört auch ein Blick auf die Erfahrungen aus den letzten Jahren. So ist die Haushaltskonsolidierung trotz stagnierender oder sogar rückläufiger Ausgaben kaum vorangekommen, weil diesem Ziel vor allem die hartnäckige wirtschaftliche Stagnation entgegengestanden hat. Dem Versuch, bei wirtschaftlicher Schwäche die Defizite abzubauen zu wollen, wird kein Erfolg beschieden sein, denn die öffentlichen Haushalte sind nicht nur *Reflex* der

wirtschaftlichen Entwicklung – in einer Stagnation oder Rezession nehmen die Defizite quasi automatisch zu, und in einem Aufschwung werden sie in Abhängigkeit von seiner Stärke kleiner oder münden in einen Überschuss –, sondern beeinflussen diese auch: Die negativen Rückwirkungen der Sparpolitik gefährden letztlich das Konsolidierungsziel. Überdies besteht die Gefahr, dass mittel- und langfristige Wachstumspotentiale nicht aufgebaut werden, wenn solche Ausgaben nicht getätigt werden, deren „Social Rate of Return“ über den Finanzierungskosten liegt, also Ausgaben in den Verkehr, die Bildung, die Forschung oder auch in die soziale Infrastruktur. Der Bedarf an diesen Zukunftsinvestitionen ist gewaltig, wie auch internationale Vergleiche belegen: So sind in Deutschland seit 1995 die Ausgaben für Schulen und Hochschulen von 3,9% des nominalen Bruttoinlandsprodukts auf 3,3% gesunken, und dies, obwohl die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage nur schwach zugenommen hat; nicht nur im Niveau, auch in der Entwicklung blieb Deutschland deutlich hinter dem Durchschnitt der OECD zurück.¹³ Auch die öffentlichen Investitionen liegen inzwischen weit unter dem internationalen Durchschnitt. Wollte man wenigstens den europäischen Durchschnitt bei der öffentlichen Investitionstätigkeit erreichen, wäre ein zusätzliches Investitionsvolumen von 20 Mrd. Euro pro Jahr – das sind rund 1% des Bruttoinlandsprodukts – erforderlich.

Erst in einem gefestigten Aufschwung sollten die Haushaltskonsolidierung konsequent vorangetrieben und – wenn nötig – Schritte realisiert werden, die über die „automatische“ Komponente hinausgehen und zu Haushaltsüberschüssen führen. Hierzu sollte ein „Masterplan“ entwickelt werden, der zeitlich flexibel, d.h. letztlich „pfadabhängig“ eingesetzt werden könnte. Eine solche Verpflichtung könnte gesetzlich fixiert werden.

Für sich genommen sind die geplanten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung unterschiedlich zu beurteilen. Eine Vielzahl der Maßnahmen zielt in die richtige Richtung, so die Abschaffung der Eigenheimzulage, die wohnungs- und auch vermögenspolitisch kaum mehr zu begründen ist, oder der Abbau von Steuerbefreiungen wie die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Mietwohngebäude, wodurch die Gefahr einer Fehlallokation von Kapital vermieden wird. Auch viele der Maßnahmen im Haushaltsbegleitgesetz

¹³ Ein OECD-Vergleich aller Aufwendungen für die Erziehung im Jahre 2002 weist für Deutschland einen Anteil der Ausgaben am nominalen BIP in Höhe von 3,5% aus; der Durchschnitt liegt aber bei 5,3%. Neben Japan wies Deutschland im Zeitraum 1995 bis 2002 das geringste Wirtschaftswachstum und die geringste Zunahme der Bildungsausgaben auf.

2006 sind grundsätzlich zu begrüßen, insbesondere wenn es um den Abbau von Steuervergünstigungen geht, etwa die Absenkung des Sparerfreibetrags, die Senkung der Sozialversicherungsgrenze bei Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen oder auch die Streichung des Freibetrags für Bergmannsprämien. Den geplanten Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft, insbesondere der befristeten Anhebung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter, kommt eine Signalfunktion zu, doch ist von ihnen keine nachhaltige Belebung der Investitionstätigkeit zu erwarten. Allein die Erfahrungen im Zusammenhang mit den umfangreichen Steuerentlastungen der Unternehmen im Jahre 2001, die einhergingen mit einem beispiellosen Absturz der privaten Investitionstätigkeit, stimmen skeptisch. Auch die geplante Aufstockung der öffentlichen Investitionsausgaben stellt nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar, zumal damit lediglich ein Teil der in den Vorjahren erfolgten Kürzungen zurückgenommen werden.

Für 2007 ist eine Anhebung der Normsätze bei der Mehrwertsteuer um 3 Punkte auf 19 % geplant. Eine solch starke Erhöhung hat es in Deutschland noch nie gegeben. Gleichzeitig sollen die Beiträge zur Sozialversicherung per saldo um 1,6 % – sie entfallen hälftig auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitgeber – gesenkt werden.¹⁴ Grundsätzlich ist die Kombination dieser Maßnahmen zu begrüßen, denn der größere Teil der Mehreinnahmen dient dazu, die Arbeitskosten zu senken sowie die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer von der Bürde, allein für die Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen aufzukommen, zu entlasten. Die Mehrwertsteuererhöhung selbst wirkt bezüglich ihrer Einkommensverteilung regressiv, weil mit steigenden Einkommen die Sparquote zunimmt.¹⁵ Die effektive Belastung hängt davon ab, in welchem Maße die Unternehmer die höhere Steuer in den Preisen weitergeben können und eine Schmälerung ihrer Gewinnmarge hinnehmen müssen.

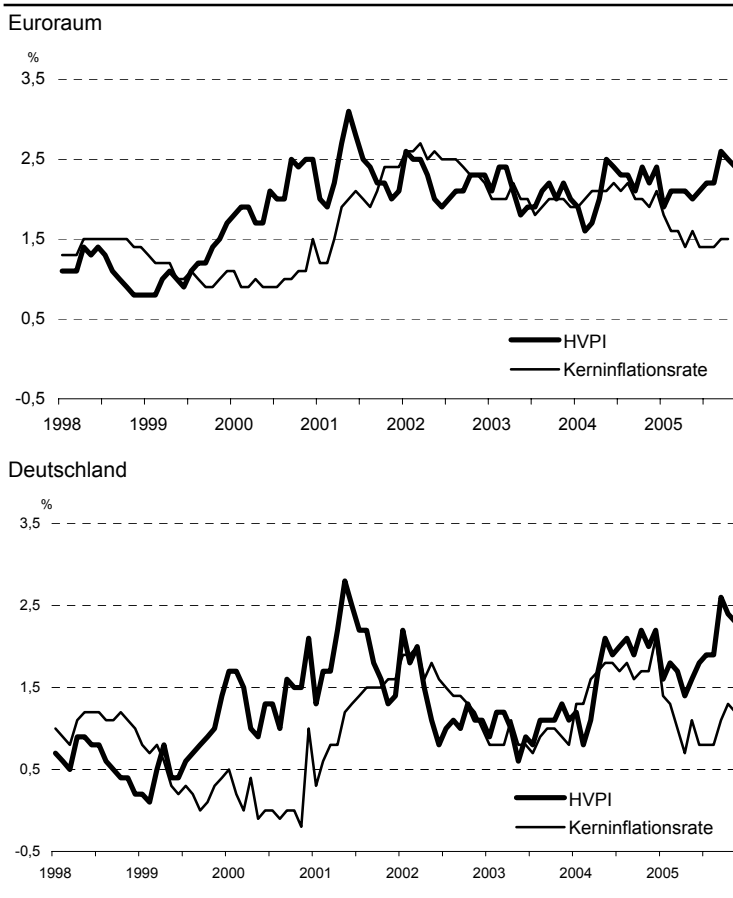
Zur Geldpolitik

Anfang Dezember 2005 hat die Europäische Zentralbank den kurzfristigen Zinssatz von 2 % auf 2,25 % erhöht. Dieser Schritt wurde mit verschiedenen Argumenten begründet, vor allem mit einem starken Wachstum der Geldmenge und dem Anstieg der Inflationsrate gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) (Abbildung 4.1). Die EZB geht davon aus, dass eine frühe präventive Zinserhöhung effektiver ist als geldpolitische Maßnahmen, die erst ergriffen werden, nachdem die Inflationserwartungen gestiegen sind. Allerdings ist die EZB dabei wegen des nur moderaten Wachstums in Europa in einer relativ schwierigen Situation.

Abbildung 4.1

HVPI und Kerninfrationsrate im Euroraum und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: EZB; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Es ist zu erwarten, dass der Effekt dieser relativ kleinen Zinserhöhung auf das Wachstum nicht besonders groß sein wird. Trotzdem wäre es besser gewesen, wenn die EZB auf diese Maßnahme verzichtet hätte. Denn bisher gibt es keine Anzeichen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen über dem Ziel von 2 % liegen. Auch das Ingangkommen einer Lohn-Preis-Spirale ist nicht in Sicht. Infolgedessen ist der ölpreisbedingte Anstieg der Inflationsrate vorübergehender Natur.

Die EZB hat angedeutet, dass sie sich mit ihrem kürzlichen Handeln keineswegs schon in Richtung auf eine Reihe von Zinsschritten bewegt hat. Gleichwohl wird für die erste Hälfte dieses Jahres

¹⁴ Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken um zwei Prozentpunkte, während der Beitrag zur Rentenversicherung von 19,1 % auf 19,5 % steigt.

¹⁵ Vgl. Stefan Bach: Koalitionsvertrag: Belastungen durch Mehrwertsteuererhöhung werden nur zum Teil durch Senkung der Sozialbeiträge kompensiert. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 47/2005.

eine weitere Erhöhung um 25 Basispunkte erwartet. Damit ist zu fragen, ob sich die Europäische Zentralbank wohl bewusst ist, dass das Ausbalancieren der Risiken zwischen mehr Inflation und mehr Arbeitslosigkeit delikater ist. Nach Ansicht des DIW Berlin wäre auch diese Erhöhung nicht erforderlich. Die Kosten des Abwartens, bis die Konjunktur sich gefestigt hat, sind geringer einzuschätzen als die Gefahr, dass der beginnende Aufschwung frühzeitig erstickt wird.

Lohnpolitik

Die seit langem überaus moderate Lohnentwicklung in Deutschland hat sich 2005 fortgesetzt. Der Anstieg der Tariflöhne lag im vergangenen Jahr bei knapp über 1%. Effektiv nahmen die Bruttolöhne und -gehälter dagegen erneut kaum zu; im Jahresdurchschnitt lag die Steigerung bei weniger als 0,3% (Abbildung 4.2). Die negative Lohndrift hält damit unvermindert an; tarifliche Öffnungsklauseln und der weitere Abbau übertariflicher Leistungen sorgen dafür, dass die gemeinhin geforderte stärkere Lohnflexibilität in Deutschland bereits weitgehend Realität ist.

Eine stabilitätsgerechte und verteilungsneutrale Lohnpolitik verlangt im Normalfall, dass der Anstieg der Stundenlöhne sich am trendmäßigen Produktivitätswachstum und an der mit Preisstabilität konformen Inflationsrate orientiert. In den vergangenen Jahren hat die Tarifpolitik in Deutschland durch den Verzicht auf das Ausschöpfen dieses Spielraums für Lohnzuwächse dazu beigetragen, den im Zuge der deutschen Einheit entstandenen starken Anstieg der Lohnkosten zu kompensieren. Diese Korrektur hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten verbessert, so dass die schwache Binnennachfrage durch Exporterfolge teilweise ausgeglichen wurde. Dies wurde auch dadurch begünstigt, dass die Lohnsteigerungen in den meisten Ländern des Euroraums in den letzten Jahren höher ausgefallen sind als in Deutschland.

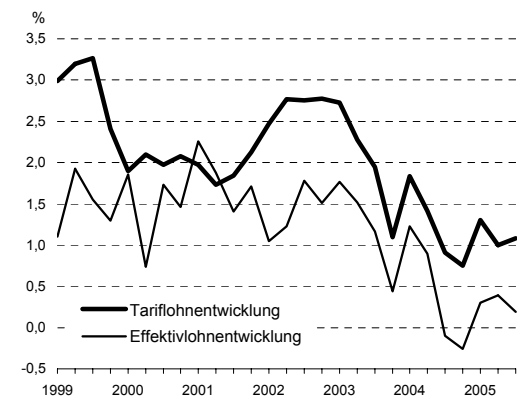
Allerdings stellt sich die Frage, ob ein weiteres Festhalten an dieser Strategie der Lohnmoderation gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist. Denn neben der Relevanz der Löhne für die Kostenentwicklung und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist gerade ihre Bedeutung für den inländischen Konsum nicht von der Hand zu weisen. Seit 2000 sind die Effektivverdienste in Deutschland preisbereinigt in der Tendenz gesunken. Zuletzt hat sich dieser Trend im Gefolge des energiepreisinduzierten stärkeren Preisniveaustiegs verschärft. Die Schwächung der Kaufkraft der Masseneinkommen und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit stehen ohne

Abbildung 4.2

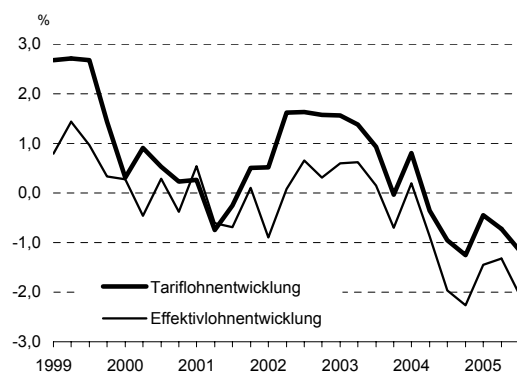
Nominale und reale Lohnentwicklung 1999 bis 2005

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Nominale Lohnentwicklung



Reale Lohnentwicklung



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Zweifel in unmittelbarem Zusammenhang mit der anhaltenden Schwäche des privaten Verbrauchs in Deutschland, der nach wie vor die Erholung der Konjunktur bremst und auch im Prognosezeitraum keine wesentliche Belebung erfährt.

Die Erfolgsaussichten einer fortgesetzten Lohnzurückhaltungsstrategie sind vor diesem Hintergrund mit Skepsis zu betrachten. Steigende Unternehmensgewinne infolge sinkender Arbeitskosten werden derzeit zu wenig in eine Erweiterung der Produktionskapazitäten investiert, da die Entwicklung der Gesamtnachfrage im Inland keine höheren Absätze erwarten lässt. Von Seiten der Geldpolitik ist ebenfalls keine Unterstützung zu erhoffen.

Aus diesen Gründen hat das DIW Berlin mehrfach gefordert, die Lohnnebenkosten zu senken und gleichzeitig die Löhne wieder stärker anzuheben. Die neue Bundesregierung hat mit den geplanten

Maßnahmen zur Verringerung der Lohnnebenkosten hier einen ersten Schritt getan. Er ist aber zu zaghaft, um sichtbare Erfolge zu bringen. Hier ist die Politik gefordert, einen mutigen zweiten Schritt zu machen. Konkret muss es darum gehen, gerade im Bereich der Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen von der Subventionierung von Arbeitslosigkeit zu einer Subventionierung von Erwerbstätigkeit zu gelangen. Bei Personen mit besonders geringer Arbeitsproduktivität, deren Beschäftigung sich zu bestehenden Arbeitskosten nicht rechnet, sollten die Lohnnebenkosten gezielt gesenkt werden.

Vorschläge hierfür liegen seit langem auf dem Tisch. Angeregt wurde etwa eine Verringerung der vom Arbeitgeber abgeführten Sozialbeiträge um zwei Drittel bei gleichzeitigem Verzicht des Staates auf die Einkommensteuer.¹⁶ Bei einem solchen Vorgehen ließen sich die effektiven Arbeitskosten rasch um bis zu 45 % senken. Eine derartige Sonderbehandlung sollte ausdrücklich Langzeitarbeitslosen zugute kommen, für die bei gegebenen Lohnkosten keine Aussicht auf Einstellung besteht. Die Sozialkassen hätten bei entsprechenden Einstellungen zwar geringere Einnahmen, sie lägen aber höher als bei dauerhafter Arbeitslosigkeit. Für den Staat wiederum gilt, dass er auf Steuereinnahmen verzichtet, die er bei weiterer Erwerbslosigkeit ohnehin nicht erzielt hätte. Die Aussicht auf Wiederbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen liegt gleichermaßen im Interesse des einzelnen Erwerbslosen wie im Interesse der Gesellschaft. Konzepte wie die negative Einkommensteuer oder Kombilöhne fallen ebenfalls in diese Kategorie von beschäftigungsfördernden Maßnahmen, wobei hier die fiskalische Zusatzbelastung gegen die erhofften Anreizwirkungen abgewogen werden muss.

Werden in dieser Richtung die Bemühungen um eine Senkung der Lohnnebenkosten intensiviert, spricht nichts mehr gegen eine Rückkehr der Tariflohnentwicklung zur eingangs genannten Stabilitätsrichtlinie. Bei einem Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1 % und der Kerninflationrate um rund 1,5 % sind damit gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen bis zu 2,5 % möglich, unter Berücksichtigung der jeweiligen Ertragslage der Arbeitgeber.¹⁷ Damit könnten bei gleichbleibender Beschäftigung die realen Arbeitseinkommen wieder steigen, was der Binnenachfrage zugute käme, ohne dabei die erreichte preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden.

Effekte der fiskalpolitischen Maßnahmen

Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird zum einen von der konjunkturellen Entwicklung bestimmt. Zum anderen beeinflusst die Fiskalpoli-

Tabelle 4.1

Auswirkungen eines um 1 Prozentpunkt höheren Produktionswachstums auf Defizit- und Schuldenquote

In Prozentpunkten			
	2006	2007	2008
Defizitquote	-0,4	-0,5	-0,7
Schuldenquote	-1,5	-3,6	-6,1

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

tik die gesamtwirtschaftliche Situation. Um die Wechselwirkungen zwischen fiskalischer Position und volkswirtschaftlicher Entwicklung quantitativ transparenter zu machen, sind Simulationen mit dem NiGEM-Modell durchgeführt worden. Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Gleichungen in diesem Modell für die unterschiedlichen Länder in ähnlicher Weise spezifiziert werden. Daher ist das Modell nicht speziell auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten. Als Konsequenz dürften die Rechnungen nur grobe Anhaltspunkte liefern.

Die Abhängigkeit der Defizit- und Schuldenquote vom wirtschaftlichen Wachstum zeigt Tabelle 4.1. Die Defizitquote ist der Anteil des Defizits der öffentlichen Haushalte am Bruttoinlandsprodukt, während die Schuldenquote den Anteil der Staatsverschuldung am jährlichen Bruttoinlandsprodukt bezeichnet. Unterstellt wird ein höheres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ab 2006, das um einen Prozentpunkt über dem Wachstum der Basislösung liegt. In der Basislösung wird aufgrund eines günstigeren Wachstumspfades eine allmähliche Rückführung der Defizitquote erwartet, die nach drei Jahren bei 2,5 % liegen wird. Die in der Tabelle ausgewiesenen Differenzen zur Basislösung zeigen den zusätzlichen Effekt, der auf die nochmalige Wachstumsbeschleunigung zurückgeht.

Durch die höhere wirtschaftliche Dynamik wird die Defizitquote im ersten Jahr um 0,4 Prozentpunkte gedrückt. Dieser Effekt vergrößert sich noch in den Folgejahren. So wäre nach einer Wachstums-

¹⁶ Vgl. F. Modigliani, J.-P. Fitoussi, B. Moro, D. Snower, R. Solow, A. Steinherr und P. Sylos-Labini: An Economists' Manifesto on Employment in the European Union. BNL Quarterly Review, No. 206, 1998, S. 16 f. Abrufbar unter www.diw.de/deutsch/presse/interview_fuenffragen/docs/bnl_manifesto.pdf.

¹⁷ Mittelfristig werden durch Verlagerung der Produktion und Rationalisierung weitere Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe abgebaut. Eine Rückführung der Arbeitslosigkeit kann daher nur über den Dienstleistungsbereich erfolgen. Um dies zu ermöglichen, sind nicht nur eine flexible Lohngestaltung, sondern auch flexible Arbeitsverträge unabdingbar.

Tabelle 4.2

Effekte der für die Zeit ab 2007 beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen

	2007	2008	2009
Inlandsnachfrage (Mrd. Euro)	-23,6	-26,1	-31,3
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. Euro)	-11,3	-14,5	-16,0
Inflation (Prozentpunkte)	+0,9	+0,8	+0,6
Staatsdefizit (Mrd. Euro)	-21,8	-22,1	-23,4

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

beschleunigung über drei Jahre eine Reduktion um 0,7 Prozentpunkte zu erwarten. Entsprechend kann die Schuldenquote um 6 Prozentpunkte abgebaut werden. Bei den Simulationen wird allerdings unterstellt, dass die Ausgaben exogen sind, also nicht mit der verbesserten konjunkturellen Situation anziehen. Insofern setzten die erzielbaren Effekte eine weitreichende Ausgabendisziplinierung der politischen Entscheidungsträger voraus. Bei besserer Konjunktur ist die Fiskalpolitik in stärkerem Maße als früher gefordert, die Konsolidierung voranzutreiben, um Budgetüberschüsse zu erzielen. Damit vergrößert sich der Spielraum für antizyklische Fiskalpolitik bei einem Konjunkturrückschlag, ohne den Stabilitätspakt zu verletzen.

Die zu erwartenden Effekte der bereits beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen ab 2007 sind in Tabelle 4.2 enthalten. Da das Modell nicht speziell die deutschen Verhältnisse widerspiegelt, können viele der geplanten Änderungen im Bereich der indirekten Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge nur näherungsweise berücksichtigt werden. Trotz dieser Einschränkung erlauben die Ergebnisse eine

erste Beurteilung des für die Zeit ab 2007 beschlossenen Reformpaketes.

Konkret wird von Steuer Mehreinnahmen des Staates in Höhe von 13,8 Mrd. Euro pro Jahr ausgegangen, die sich aus der Veränderung von indirekten Steuern (+25 Mrd. Euro) und Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (insgesamt -11,2 Mrd. Euro) ergeben. Des Weiteren werden eine Senkung des Staatsverbrauchs sowie eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen um jeweils 2 Mrd. Euro berücksichtigt. Darüber hinaus sind Mehreinnahmen im Zuge der sogenannten Reichensteuer von 1 Mrd. Euro pro Jahr veranschlagt.

Durch die fiskalpolitischen Maßnahmen werden substantielle realwirtschaftliche Effekte ausgelöst. So sinkt die Binnennachfrage in der Anstoßwirkung um knapp 24 Mrd. Euro, wobei der weitaus größte Teil (90%) auf den Rückgang der Konsumnachfrage der privaten Haushalte entfällt. Die Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt sind vergleichsweise geringer, weil hier der sinkende Import zur Stützung beiträgt. Die Inflation steigt gegenüber der Basislösung um knapp 1 Prozentpunkt. Das Staatsdefizit kann merklich reduziert werden. Allerdings entsprechen die Mehreinnahmen in steigendem Maße nicht dem Verlust an Binnennachfrage. Die Defizitquote geht um ungefähr einen Prozentpunkt zurück, so dass der Referenzwert von 3% deutlich unterschritten wird.

Insgesamt schwächen die fiskalpolitischen Maßnahmen vor allem die Binnen- und dort speziell die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die sich in den letzten Jahren bereits als Achillesferse der konjunkturellen Entwicklung erwiesen hat. Insofern besteht die Gefahr, dass die beschlossene haushaltspolitische Konsolidierung die wirtschaftliche Erholung nachhaltig behindert. Konsolidierungsanstrengungen sollten sich vorrangig auf Zeiten einer günstigeren konjunkturellen Entwicklung konzentrieren.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Saison- und kalenderbereinigte Ergebnisse nach Census X-12-ARIMA

Schätzung und Prognose für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige im Inland	0,4	-0,1	0,4	-0,1	-0,0	0,5	0,3
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,9	-0,9	-0,6	-0,9	-0,9	-0,8	-0,4
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,5	-1,0	-0,2	-1,0	-0,9	-0,3	-0,1
Produktivität ¹	1,6	2,1	1,9	1,7	2,6	2,1	1,7
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,1	1,7	0,6	1,6	1,8	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1 309,0	1 324,8	1 357,9	659,5	665,3	671,7	686,2
Konsumausgaben des Staates	412,8	414,7	415,7	207,5	207,1	209,4	206,3
Anlageinvestitionen	382,8	383,9	394,1	191,0	192,9	195,3	198,7
Ausrüstungen	147,9	155,0	163,9	76,0	79,0	80,8	83,0
Bauten	208,6	202,2	204,2	100,6	101,6	101,6	102,6
Sonstige Anlageinvestitionen	24,9	25,2	26,0	12,5	12,7	12,9	13,1
Letzte inländische Verwendung	2 099,0	2 123,1	2 167,7	1 057,1	1 066,0	1 076,4	1 091,3
Exporte	837,3	903,6	989,5	435,4	468,2	486,4	503,1
Importe	729,0	785,6	859,4	376,1	409,4	422,0	437,4
Bruttoinlandsprodukt	2 207,3	2 241,1	2 297,8	1 116,4	1 124,7	1 140,8	1 157,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1,6	1,2	2,5	1,3	1,1	1,8	3,1
Konsumausgaben des Staates	-0,6	0,5	0,3	0,2	0,7	0,9	-0,4
Anlageinvestitionen	-0,8	0,3	2,7	-0,5	1,1	2,3	3,0
Ausrüstungen	0,3	4,8	5,7	4,8	4,8	6,3	5,2
Bauten	-2,5	-3,1	1,0	-4,2	-2,0	1,0	1,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,7	1,4	3,0	1,5	1,2	2,7	3,4
Letzte inländische Verwendung	1,0	1,2	2,1	1,3	1,0	1,8	2,4
Exporte	8,1	7,9	9,5	5,2	10,6	11,7	7,5
Importe	6,1	7,8	9,4	5,9	9,5	12,2	6,8
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,5	2,5	1,2	1,8	2,2	2,9
3. Verwendung des realen Inlandsprodukts							
a) Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1 235,2	1 234,4	1 238,6	617,9	616,5	617,6	621,0
Konsumausgaben des Staates	393,7	394,1	396,0	195,8	198,3	198,5	197,5
Anlageinvestitionen	394,0	394,5	404,4	196,3	198,2	200,3	204,1
Ausrüstungen	159,6	168,8	179,1	82,6	86,2	88,3	90,9
Bauten	206,3	198,1	199,9	98,6	99,5	99,5	100,4
Sonstige Anlageinvestitionen	27,1	27,6	28,7	13,7	13,9	14,2	14,5
Letzte inländische Verwendung	2 017,3	2 029,5	2 047,9	1 011,8	1 017,7	1 021,0	1 026,9
Exporte	849,6	908,1	981,4	440,1	468,1	483,4	498,0
Importe	760,3	800,7	855,2	387,9	412,8	422,1	433,1
Bruttoinlandsprodukt	2 110,9	2 134,5	2 171,3	1 062,3	1 072,3	1 081,1	1 090,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	0,2	-0,1	0,3	0,2	-0,3	-0,0	0,7
Konsumausgaben des Staates	-1,6	0,1	0,5	-0,9	1,1	1,4	-0,4
Anlageinvestitionen	-1,1	0,1	2,5	-0,7	1,1	2,0	3,0
Ausrüstungen	1,2	5,7	6,1	5,8	5,6	6,9	5,4
Bauten	-3,8	-4,0	0,9	-5,6	-2,4	0,9	0,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,8	2,0	4,0	2,3	1,7	3,4	4,6
Letzte inländische Verwendung	-0,3	0,6	0,9	0,4	0,8	0,9	0,9
Exporte	8,3	6,9	8,1	4,3	9,5	9,8	6,4
Importe	6,1	5,3	6,8	3,9	6,7	8,8	4,9
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,1	1,7	0,6	1,6	1,8	1,7

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Saison- und kalenderbereinigte Ergebnisse nach Census X-12-ARIMA

Schätzung und Prognose für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1,4	1,3	2,1	1,1	1,5	1,9	2,4
Konsumausgaben des Staates	0,9	0,4	-0,2	1,1	-0,4	-0,5	0,0
Anlageinvestitionen	0,3	0,1	0,2	0,3	0,0	0,2	0,1
Ausrüstungen	-1,0	-0,9	-0,4	-1,0	-0,8	-0,5	-0,2
Bauten	1,3	1,0	0,1	1,5	0,4	0,1	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,1	-0,6	-1,0	-0,7	-0,4	-0,7	-1,2
Letzte inländische Verwendung	1,3	0,5	1,2	0,9	0,2	0,9	1,5
Exporte	-0,2	1,0	1,3	0,8	1,1	1,7	1,0
Importe	0,0	2,3	2,4	1,9	2,7	3,1	1,8
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,4	0,8	0,6	0,2	0,4	1,2
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Arbeitsentgelte	1 134,5	1 130,4	1 137,2	566,9	563,5	566,9	570,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	912,0	909,4	915,5	455,8	453,6	456,4	459,1
Nettolohn- und -gehaltsumme	600,3	599,6	602,7	300,9	298,7	300,5	302,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	515,4	553,7	587,3	274,0	279,6	292,9	294,4
Volkseinkommen	1 649,9	1 684,1	1 724,6	840,9	843,2	859,8	864,7
Abschreibungen	326,5	327,8	335,5	163,5	164,4	166,6	168,9
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	231,2	233,8	243,3	114,0	119,8	117,1	126,2
Bruttonationaleinkommen	2 207,6	2 245,7	2 303,4	1 118,3	1 127,3	1 143,5	1 159,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Arbeitsentgelte	0,3	-0,4	0,6	-0,3	-0,4	0,0	1,2
Bruttolohn- und -gehaltsumme	0,5	-0,3	0,7	-0,3	-0,2	0,1	1,2
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,2	-0,1	0,5	0,2	-0,4	-0,1	1,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	9,2	7,4	6,1	6,7	8,2	6,9	5,3
Volkseinkommen	2,9	2,1	2,4	1,9	2,3	2,3	2,6
Abschreibungen	1,6	0,4	2,3	0,6	0,3	1,9	2,8
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	2,4	1,1	4,1	0,8	1,3	2,7	5,4
Bruttonationaleinkommen	2,7	1,7	2,6	1,6	1,9	2,2	2,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	979,6	978,5	982,7	490,2	488,3	490,5	492,3
Nettolohn- und -gehaltsumme	600,3	599,6	602,7	300,9	298,7	300,5	302,3
Monetäre Sozialleistungen ³	379,3	378,9	380,0	189,3	189,6	190,0	190,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	503,7	523,2	545,0	258,2	265,0	270,0	275,0
Sonstige Transfers ⁵	- 35,9	- 38,8	- 33,1	- 19,7	- 19,1	- 16,8	- 16,3
Verfügbares Einkommen⁶	1 447,4	1 462,9	1 494,6	728,7	734,1	743,6	751,0
Nachrichtlich:							
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	19,0	20,1	21,1	10,0	10,1	10,4	10,7
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1 309,0	1 324,8	1 357,9	659,5	665,3	671,7	686,2
Sparen	157,4	158,2	157,8	79,2	79,0	82,3	75,5
Sparquote in % ⁷	10,7	10,7	10,4	10,7	10,6	10,9	9,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	1,4	- 0,1	0,4	- 0,0	- 0,2	0,1	0,8
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,2	- 0,1	0,5	0,2	- 0,4	- 0,1	1,2
Monetäre Sozialleistungen ⁵	0,1	- 0,1	0,3	- 0,4	0,1	0,3	0,2
Unternehmens- und Vermögenseink. der pr. Haushalte	3,6	3,9	4,2	4,5	3,2	4,6	3,8
Sonstige Transfers ⁷	2,5	8,1	- 14,7	9,9	6,2	- 14,5	- 15,0
Verfügbares Einkommen⁸	2,1	1,1	2,2	1,3	0,9	2,0	2,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	1,6	1,2	2,5	1,3	1,1	1,8	3,1
Sparen	7,2	0,5	- 0,2	2,0	- 1,0	4,0	- 4,4

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Ursprungswerte

Schätzung und Prognose für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	481,2	488,1	500,6	239,1	249,0	243,5	257,1
Sozialbeiträge	395,3	394,5	397,1	192,7	201,8	192,9	204,2
Vermögenseinkommen	12,0	12,0	12,9	6,1	5,9	7,2	5,7
Sonstige Einnahmen ⁹	68,3	72,6	69,6	37,4	35,2	33,8	35,8
Insgesamt	956,8	967,2	980,2	475,2	491,9	477,4	502,8
Ausgaben							
Vorleistungen ¹⁰	253,2	258,4	261,4	124,7	133,7	126,1	135,4
Arbeitnehmerentgelte	168,7	167,2	165,5	79,1	88,1	78,8	86,7
Vermögenseinkommen	62,9	64,5	66,8	31,2	33,4	32,3	34,5
Subventionen	28,9	28,8	28,2	13,4	15,4	13,9	14,3
Monetäre Sozialleistungen	422,9	425,4	424,3	213,1	212,3	212,5	211,8
an private Haushalte	417,9	420,4	419,2	210,6	209,9	210,0	209,2
an die übrige Welt	4,9	5,0	5,1	2,5	2,5	2,5	2,5
Sonstige laufende Transfers	38,2	40,9	41,9	19,3	21,6	19,6	22,4
Vermögenstransfers	33,8	33,9	30,9	20,6	13,2	18,3	12,7
Bruttoinvestitionen	30,8	29,8	30,5	12,8	17,0	13,0	17,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,3	- 1,3	- 0,5	- 0,8	- 0,5	- 0,8
Insgesamt	1 038,0	1 047,5	1 048,3	513,5	534,0	514,0	534,3
Finanzierungssaldo	- 81,2	- 80,3	- 68,1	- 38,3	- 42,1	- 36,6	- 31,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	- 0,1	1,4	2,6	1,0	1,8	1,9	3,3
Sozialbeiträge	0,2	- 0,2	0,7	- 0,1	- 0,3	0,2	1,1
Vermögenseinkommen	- 30,1	- 0,2	7,4	4,3	- 4,6	16,8	- 2,4
Sonstige Einnahmen ⁹	2,0	6,3	- 4,1	15,8	- 2,3	- 9,7	1,7
Insgesamt	- 0,4	1,1	1,4	1,6	0,6	0,5	2,2
Ausgaben							
Vorleistungen ¹⁰	- 1,2	2,1	1,2	2,2	1,9	1,1	1,2
Arbeitnehmerentgelte	- 0,2	- 0,9	- 1,0	- 1,0	- 0,8	- 0,4	- 1,6
Vermögenseinkommen	- 2,6	2,5	3,6	- 0,6	5,6	3,8	3,4
Subventionen	- 3,2	- 0,6	- 2,0	- 5,7	4,4	4,2	- 7,4
Monetäre Sozialleistungen	0,5	0,6	- 0,3	0,1	1,1	- 0,2	- 0,3
an private Haushalte	0,4	0,6	- 0,3	0,1	1,1	- 0,3	- 0,3
an die übrige Welt	6,3	1,4	1,4	2,0	0,8	0,8	2,0
Sonstige laufende Transfers	- 1,0	6,9	2,5	5,1	8,6	1,5	3,4
Vermögenstransfers	- 6,0	0,1	- 8,6	6,7	- 8,8	- 11,3	- 4,5
Bruttoinvestitionen	- 6,5	- 3,2	2,6	- 5,7	- 1,2	1,6	3,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	- 0,8	0,9	0,1	0,5	1,3	0,1	0,1

1 Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleisteter Vermögenseinkommen.

5 Empfangene abzüglich geleisteter Transfers.

6 Ausgabenkonzept.

7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen.

10 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

DIW Berlin: Politikberatung kompakt

Nr. 13

Costs of Inaction and Costs of Action in Climate Protection – Assessment of Costs of Inaction or Delayed Action of Climate Protection and Climate Change

Project FKZ 904 41 362 for the Federal Ministry for the Environment

Final Report

Dezember 2005

Claudia Kemfert
Katja Schumacher
Stephan Raab
Jörg-Peter Weiß

Diskussionspapiere / Working Papers

Nr. 543

Ganztagschulen und Erwerbsbeteiligung von Müttern: Eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland

28 Seiten

Dezember 2005

Miriam Beblo
Charlotte Lauer
Katharina Wrohlich

Nr. 542

Income Taxation and Household Size: Would French Splitting Make German Families Better off ?

35 Seiten

Dezember 2005

Alexandre Baclet
Fabien Dell
Katharina Wrohlich

Das DIW Berlin trauert um seinen langjährigen Mitarbeiter

Dr. Oskar de la Chevallerie

Oskar de la Chevallerie starb am 16. Dezember 2005 im Alter von 77 Jahren. Er gehörte dem DIW Berlin fast fünfunddreißig Jahre an und hat in dieser Zeit das wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Profil des Instituts mitgeprägt. Für seinen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung des Hauses sind wir ihm sehr dankbar.

Oskar de la Chevallerie trat am 1. August 1958 seine Beschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter des DIW Berlin an. Bevor er sich der Volkswirtschaftslehre zuwandte, absolvierte er zunächst eine Handwerkslehre, um – wie er sagte – „einen Einblick in die praktische Wirtschaft“ zu erhalten. Nach dem erfolgreichen Ablegen der Diplomprüfung in Volkswirtschaftslehre 1957 kam er bereits ein Jahr später an das DIW Berlin, wo er in Anerkennung seiner besonderen Leistungen 1967 zum Unterabteilungsleiter ernannt wurde. 1974 übertrug man ihm die Leitung der Abteilung „Öffentliche Finanzen“. Am DIW Berlin war er als aufrichtiger, kooperativer und hilfsbereiter Wissenschaftler von den Kolleginnen und Kollegen sehr geschätzt. Gleichzeitig war er dafür bekannt, immer für seinen Standpunkt – auch gegen die Meinung der Mehrheit – einzutreten.

Bereits während seines Studiums begann Oskar de la Chevallerie, sich mit Fragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu befassen. Durch diese Beschäftigung erhielt er einen Einblick in die empirische Wirtschaftsforschung. Weiten Raum in seiner Arbeit nahmen Analysen und Prognosen der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ein, die in den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung und den Wochenberichten des DIW Berlin sowie in anderen wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht wurden. Frühzeitig machte er sich im Rahmen seiner Forschungstätigkeit, die die Verbindung von Theorie und Praxis zum Ziel hatte, auch mit der Bedeutung der Staatsfinanzen für die Gesamtwirtschaft vertraut. Oskar de la Chevallerie war einer der ersten, die auf die langfristig negative Wirkung der Staatsverschuldung hingewiesen haben.

Oskar de la Chevallerie war einer der herausragenden Fachleute auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Deutschland. Des Öfteren suchte er das Statistische Bundesamt in Wiesbaden auf, um die dortige Gesamtrechnungsabteilung zu ihrem Kontenschema, ihren Schätz- und Berechnungsverfahren zu befragen und sie auf Inkonsistenzen aufmerksam zu machen, die er gefunden zu haben glaubte. Mit genau dem gleichen Engagement nahm er auch im DIW Berlin seine Funktion als Lektor der Wochenberichte wahr. Ohne persönliche Sentimentalitäten, immer im Dienste der Sache, arbeitete er dort die Fehler und Fragwürdigkeiten heraus, war aber zugleich bereit, bei der Korrektur und Umformulierung zu helfen. Dabei gewannen die Berichte stets auch sprachlich an Schliff.

Oskar de la Chevallerie hat sich in seiner langjährigen Tätigkeit um das DIW Berlin sehr verdient gemacht. Wir verlieren einen liebeswerten Menschen und geschätzten Kollegen. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 19 88 88, 12 Cent/min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und
Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen
vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

on the fly GmbH
Adalbertstraße 7–8
10999 Berlin

**Der nächste Wochenbericht
erscheint am 18. Januar 2006.**

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.